Die Währung im Wandel wirtschaftspolitischer Systeme.

Inaugural-Dissertation
der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Julius-Maximilians-Universität Würzburg,
vorgelegt zur
Erlangung der Würde eines Doctor rerum politicarum

von
Werner Flachmeyer
Diplom-Volkswirt
aus Bochum.

Dissertationsdruckerei Orthen, Köln, Antoniterstraße 10.
1939

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Referent: Professor Dr. Reinhold Brenneisen

Die Währung im Wandel wirtschaftspolitischer Systeme.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549802_0088

Disposition.

Einleitung: Das Problem 9

I. Teil: Historischer Ueberblick 12

1. Das Zeitalter des Merkantilismus
   a) Staat und Wirtschaft 12
   b) Das Münzwesen 13
   c) Die merkantilistische Währungspolitik 16

2. Das Zeitalter des Liberalismus
   a) Staat und Wirtschaft 17
   b) Gold und Silber als Münzmetalle 19
   c) Die Goldwährung 21

3. Der Antiliberalismus in der Gegenwart
   a) Staat und Wirtschaft 24
   b) Die Währung nach dem Kriege 26

II. Teil: Grundsätzliches 30

1. Das Geldwertproblem
   a) Das Wesen des Geldes 30
   b) Eine überwundene Ansicht 32
   c) Der Metallismus 33
   d) Der Nominalismus 35
   e) Funktion und Wert 36
   f) Die Quantitätstheorie 38

2. Die gesteuerte Währung
   a) Das nationale Geld 41
   b) Das internationale Geld 44

III. Teil: Schluß 49

Vorwort.

Ausgangspunkt der Untersuchung, die in vorliegender Fassung bis auf einige Ergänzungen bereits Ende Juni 1937 abgeschlossen war, bildet die Feststellung, daß die Währung ein Sektor der Wirtschaftsverfassung ist;

Zielpunkt der Beweis, daß im Wechsel der Wirtschaftsverfassungen die Währung ebenfalls Aenderungen unterliegt, daher die „beste Währung" ein relativer Begriff ist.

*

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle Herrn Prof. Dr. Brenneisen für die Ueberlassung des Themas und der vielfachen, wertvollen Anregungen zur Arbeit zu danken.

EINLEITUNG.

Das Problem.

Der Begriff der Währung leitet sich ab vom mittelhochdeutschen „weren" d. i. gelten. Er bedeutet ursprünglich die Regelung des Gewichtes und Feingehaltes, die irgendeine autoritative Stelle, meistens der Landesherr oder der Staat übernimmt. In allmählicher Wandlung des Begriffs wird unter Währung später die Münze selbst verstanden, für deren richtige Beschaffenheit der Staat die Gewähr übernommen hat, und in der Literatur des 19. Jahrhunderts ringt sich die Anschauung von der Währung als dem „unablehnbaren" Gelde durch, dem Geld, das zur Tilgung von Schulden in unbeschränkter Menge in Zahlung zu nehmen ist und keinem Anspruch auf Einlösung in anderen Geldzeichen unterliegt [1]).

In neuerer Zeit bricht sich eine andere Auffassung Bahn: man spricht nicht so sehr von der Währung als der Geldart, in der unter Umständen ein bestimmter Betrag bezahlt werden muß, sondern von der Währung als der Geldverfassung. Wir pflegen den Inbegriff der sozialen und rechtlichen Grundlagen der Wirtschaftsordnung als Wirtschaftverfassung zu bezeichnen. In Analogie gebrauchen wir den Ausdruck Geldverfassung oder Währung und meinen jenen Teil der grundlegenden Bestimmungen der Wirtschaftsordnung, der das Geldwesen betrifft. Die Währung ist mithin ein Sektor der Wirtschaftsverfassung und infolgedessen wie die Wirtschaftsverfassung selbst wandelbar im Wechsel der Wirtschaftsordnung. Das Wesen der Wirtschaftsordnung bestimmt sich aber zunächst ganz allgemein nach der jeweils in bestimmten Epochen herrschenden Weltanschauung, im besonderen nach der politischen Zielsetzung des einzelnen Landes. Das Problem des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft wird akut.

Der Merkantilismus, dem die historische Aufgabe zufällt, die mittelalterlichen Stadtstaaten zu nationalen Einheiten zusammenzuschweißen, damit zum ersten Male in der neueren Geschichte Wirtschaftspolitik im Sinne von Volkswirtschaftspolitik (Einfluß des Staates auf die Gesamtgüterversorgung des in ihm organisierten

---

1) Begriffsdefinition des Währungsgeldes bei Lexis-Terhalle im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Artikel Währung. Jena 1928.

Volkes) zu treiben [2]), betrachtet die Wirtschaft als Mittel zum Zweck der staatlichen Machterhöhung. Im Gegensatz zu dieser Auffassung proklamiert der liberale Kapitalismus die Wirtschaft als Selbstzweck, wobei man ohne weiteres voraussetzt, die Wirtschaft führe unabhängig von allen übrigen Lebensgebieten ein Eigenleben. In der Gegenwart zeigt sich eine allgemeine Abkehr von der für die liberale Epoche bezeichnenden materialistischen Weltanschauung in den Bestrebungen, die Wirtschaft den politischen Zwecken unterzuordnen und ihr die Rolle des Dieners zuzuweisen.

Die parallel verlaufene historische Entwicklung des Geldwesens in den europäischen Volkswirtschaften kennzeichnet sich folgendermaßen:

Das Merkantilzeitalter, das Zeitalter der Erziehung zur „Volkswirtschaft", wird beherrscht von dem Wechsel zwischen Parallel- und Doppelwährung. Die Waren Gold und Silber stellen das einzige Geld dar, jede Veränderung in der Marktwertrelation erschwert die Abwicklung des Handelsverkehrs. Aber auch das Fehlen eines einheitlichen Münzsystem, in dem die Beziehungen der einzelnen Geldsorten geregelt sind, führt zu den größten Schwierigkeiten in der Wirtschaft. Der absolutistische Staat zeigt sich den Geldfragen noch nicht gewachsen.

Die Güterumsätze steigen im Laufe der Entwicklung. Der Handelsverkehr, insbesondere der internationale, nimmt größere Dimensionen an und führt zur Forderung nach einer einheitlichen internationalen Währungsgrundlage. Als seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts die Silberproduktion sich dauernd steigert und das Silber im Preise unausgesetzt sinkt, verliert es seine Qualifizierung als Währungsmetall. Das hat praktisch die Abschaffung der Doppelwährung und Einführung der Goldwährung als einer allen wirtschaftlich wichtigen Ländern der Erde gemeinsamen Rechnungsgrundlage zur Folge. In der liberalen Epoche ist auf währungspolitischem Gebiete die Goldwährung das Bezeichnende. In ihr zeigt sich die Selbstregulierung der Wirtschaft in dem Mechanismus der Goldzu- und -Abflüsse.

Nach dem Weltkriege, später der Weltwirtschaftskrise, macht sich auf währungspolitischem Gebiete der staatliche Einfluß erneut bemerkbar in der Preisgabe der strengen Goldwährung. „Der Glaube an die alleinige Vernunft der orthodoxen Goldwährung und des Währungsmechanismus ist überwunden" [3]). Fußend auf der

---

2) Es ist zu beachten, daß der Begriff der „Volkswirtschaft" selbst im Laufe der Zeit sich stark gewandelt hat. Im Merkantilismus war Volkswohlfahrt identisch mit Machtfülle des Staatsabsolutismus, zudem trat in Ermangelung hinreichender Organisation der Staat in erster Linie als Gestalter der Wirtschaft auf, aus welchen Gründen die merkantilistische Wirtschaft in doppelter Hinsicht als „Staatswirtschaft" treffend charakterisiert erscheint. Im Zeitalter des Liberalismus ist der Begriff Volk weit gefaßt; er umschließt die Individuen der Welt ohne Rücksicht auf politische Grenzen. Der früher vielfach gebrauchte Ausdruck Sozialökonomie weist darauf hin, daß die liberalistische Volkswirtschaft „Gesellschaftswirtschaft" schlechthin war. Das besondere Merkmal der modernen Wirtschaft liegt in der Betonung des nationalen Charakters der Wirtschaft. Die moderne Wirtschaft ist „Nationalwirtschaft", sie ist die Wirtschaft des staatlich geeinten und staatlich betreuten Volkes und steht in bewußtem Gegensatz zur liberalistischen Idee der Weltwirtschaft.

3) Wörterbuch der Volkswirtschaft. Jena 1932. Gutmann, Währung.

Erkenntnis, daß Politik und Wirtschaft nicht nebeneinander bestehen, sondern daß die Wirtschaft grundsätzlich der Politik unterstellt und von ihr auf einen bestimmten Zweck ausgerichtet ist, fordert man auch die Eingliederung der Währung in diesen Zusammenhang: Die Währung der Gegenwart gestaltet sich nicht mehr nach ihrer „Eigengesetzlichkeit", — sie ist ein Werkzeug in der Hand des Staatsmanns, des Politikers, geworden.

*

Zur Bezeichnung des Inbegriffs aller wirtschaftspolitischen Ansichten und Maßnahmen einer bestimmten Epoche wird in vorliegender Untersuchung der Ausdruck „wirtschaftspolitisches System" verwandt. Die materiell-organisatorische Form der Wirtschaft, die Wirtschaftsordnung, einzelner Staaten in einer gegebenen Epoche (etwa des Merkantilismus) ist aber trotz der Gemeinsamkeit wirtschaftspolitischer Ideale verschieden. Das liegt vor allem in der jeweiligen Eigenart von Volk und Raum begründet. Mithin werden sich die Währungen als Teilgebiete der ihnen entsprechenden Wirtschaftsverfassungen ebenfalls voneinander unterscheiden, und an sich wäre die Untersuchung interessant, die Unterscheidungsmerkmale herauszuarbeiten und zum Gegenstand einer besonderen Betrachtung zu machen. Größeres Interesse beansprucht jedoch die Darstellung des Typischen, des allen Währungen in den jeweiligen Wirtschaftsepochen Gemeinsamen, der Ursachen, denen neue Währungsideale ihre Entstehung verdanken, und schließlich die Aufzeichnung des Fortschritts in der Entwicklung der Währungssysteme.

I. TEIL:

Historischer Ueberblick.

1. Das Zeitalter des Merkantilismus.

a) Staat und Wirtschaft.

Die Zeit des Merkantilismus, des ersten wirtschaftspolitischen Systems [1]) des neuzeitlichen Staates, erstreckt sich vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Dem Absolutismus der Staatsform entspricht der Absolutismus der Wirtschaftsform: Staat und Wirtschaft werden von einer zentralen Stelle aus geleitet. Man erstrebt die Zusammenfassung der einzelnen Stadtwirtschaften zu geschlossenen Einheiten und eine unabhängige Versorgung der Bevölkerung durch eigene Arbeit. Damit wird der Merkantilismus seiner Idee nach zum Schöpfer der modernen Volkswirtschaft. Treffend charakterisiert Sombart den Merkantilismus, wenn er schreibt:

> „Der Merkantilismus ist zunächst nichts anderes als die auf ein größeres Territorium ausgedehnte Wirtschaftspolitik der Stadt. Wie diese den Mittelpunkt der Welt mit ihren Interessen gebildet hatte, denen selbstverständlich alle übrigen Interessen untergeordnet waren, so wird dies jetzt das vom Fürsten beherrschte Gebiet: egozentrisch bleibt die Politik in ihrer Grundauffassung. Aber auch die alte Gemeinschaftsidee setzt sich in der allgemeinen Staatsidee bis zu ihren letzten Konsequenzen fort: Das Wohl des Ganzen geht dem einzelnen vor, die Gesamtheit, wenn auch vertreten durch den absoluten Monarchen, steht solidarisch ein.“ [2])

Die politischen und wirtschaftlichen Aenderungen ziehen zwangsläufig einen erhöhten Finanzbedarf der Landesherren nach sich. Es erweist sich als notwendig, den Staat nach außen und innen zu sichern durch Schaffung eines Heeres und einer einheitlichen Verwaltung. Dazu bedarf es des Geldes in beiden Fällen; denn nach der Erfindung des Schießpulvers ist an die Stelle der Lehensmiliz das Söldnerheer getreten, auch hat das Aufhören des Lehenswesens die Bildung eines besoldeten Beamtenstandes erforderlich gemacht. Vor allem aber drängt die Dynamik im Handel und Gewerbe auf Besei-

1) Der Merkantilismus ist kein wissenschaftlich aufgebautes System, sein Schwerpunkt liegt nicht in der Theorie, sondern in der Praxis. Jedoch beruhen alle wirtschaftspolitischen Vorschläge und Maßnahmen der verschiedenen Länder „auf einer geschlossenen Grundlage, die ... durch die Anschauung vom Staate als eines einheitlichen Organismus in ein System gebracht wurde“ (Mayer, Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, S. 50. Leipzig 1928).

2) Sombart, Der moderne Kapitalismus, I, S. 363. München und Leipzig 1924.

tigung der Schwerfälligkeit des naturalen Tausches und Benützung des Gelde als allgemeinen Tauschmittels.

So ist es aus den Zeitverhältnissen heraus durchaus erklärlich, daß die Merkantilisten [3]) dem Geldbesitz (Edelmetallbesitz) allgemein große Bedeutung zuschreiben. Nur so kann das wirtschaftliche Leben befruchtet, nur so der kapitalistische Geist zur Entfaltung gebracht werden. „Für die Anfänge der Entwicklung hat die Edelmetallvermehrung dieselben Funktionen ... wie später der zusätzliche Kredit für die Konjunktur" [4]). Da die Ausbeute europäischer Gold- und Silberbergwerke gering ist, bietet der Außenhandel das einzige Mittel, den Vorrat an Edelmetallen zu vermehren. Ziel ist Schaffung einer aktiven Handelsbilanz, d. h. es kommt darauf an, daß die Erträgnisse der Ausfuhr in ihrer Gesamtheit die der Einfuhr übersteigen. In engem Zusammenhang mit der herrschenden Auffassung von der Bedeutung des Geldes und der Handelsbilanz steht die Kolonialpolitik. Die Kolonien bezieht man in das Wirtschaftssystem ein und sucht immer neue Gebiete zu erwerben, sowohl, um in den Kolonien Edelmetall, als auch eine Rohstoff- und Absatzbasis zu finden für die heimische Industrie, die der Staat mit allen Mitteln fördert (Subventionen, Schutzzölle).

Der Merkantilismus „will den Volkswohlstand fördern, aber man erstrebt dieses Ziel nicht so sehr um seiner selbst willen, sondern in erster Linie als Mittel zur Vermehrung der finanziellen Kraft und damit zugleich Stärkung der politischen Macht des Landesfürsten oder Staates" [5]). „Alle wirtschaftliche Tätigkeit wird vom Staate ... abgeleitet (privilegiert) und dem obersten Staatszweck angepaßt (Reglementierung)" [6]).

Auch in der merkantilistischen Währungspolitik zeigt sich die Verquickung von Staat und Wirtschaft, die Anwendung der Methode der Reglementierung und Privilegierung.

Wir werden im folgenden Abschnitt sehen, wie wenig aber tatsächlich die Staatsgewalt die Gestaltung eines einheitlichen Geldwesens in der Hand hatte.

b) Das Münzwesen.

Wenn vom Münzwesen die Rede ist, denken wir an eine Reihe von Aufgaben, die dem Staate dabei zukommen. Zunächst obliegt dem Staate die Festsetzung des Münzfußes, d. h. die Bestimmung der Relation zwischen der Gewichtseinheit und der Rechnungseinheit des Währungsmetalls, weiterhin die Festsetzung der Legierung und der Form der Münzen. Von Bedeutung sind ferner gesetzliche Vorschriften darüber, um welches Maß neugeprägte oder bereits im

3) Aus Gründen der Zweckmäßigkeit umschließt in unserer Betrachtung der Begriff Merkantilisten auch die Kameralisten.

4) Greven, Die dynamische Geld- und Kreditlehre des Merkantilismus. S. 154. Berlin 1936.

5) Amonn, Grundzüge der Volkswohlstandslehre. S. 6. Jena 1926.

6) Wagenführ, Geschichte der wirtschaftlichen Lehrmeinungen und der wirtschaftspolitischen Systeme. S. 17. Leipzig 1934.

Umlauf befindliche Münzen nach Gewicht oder Feingehalt von dem ursprünglichen Satz abweichen dürfen: Toleranz (Remedium) und Passiergewicht. Es ist unschwer einzusehen, daß das moderne, auf einem einzigen Münztypus und einer einzigen Rechnungseinheit aufgebaute Münzsystem das Ergebnis eines langen geschichtlichen Prozesses ist.

Die Entwicklungstendenz des Geldes geht dahin, das Geld als geschlossenes Ganzes der Vielheit der Waren gegenüberzustellen, das Geld in seinen mannigfachen konkreten Erscheinungsformen in ein einheitliches System zu bringen. Dadurch, daß sich im Laufe der Zeit aus der Vielheit der zum Tausch verwandten Gegenstände die Edelmetalle zum alleinigen Tauschmittel herauskristallisierten, war eine gewisse auf die Einheitlichkeit des Geldwesens gerichtete Tendenz gegeben. Die Entwicklungslinie verlief zunächst aber nicht weiter, sondern fand eine Unterbrechung durch die Erfindung der Münze, obwohl gerade durch sie die Verwendbarkeit der Metalle erhöht wurde. Die Erfindung der Münze hatte eine große Mannigfaltigkeit der Münzsorten im Gefolge, was zum Teil in den Vorzügen der Edelmetalle selbst begründet lag, und zwar insofern, als „sie infolge ihrer unbeschränkten Teilbarkeit und Formbarkeit die Darstellung der verschiedensten Wertgrößen gestatteten“ [7]). Die eigentliche Ursache für das viele Nebeneinander der Münzsorten lag aber tiefer und war zu suchen in dem Münzregal, dem Recht der Münzprägung, das von den Münzberechtigten in Verbindung mit der Tätigkeit des Kippens und Wippens, d. h. des Beschneidens und Aussonderns vollwertiger Münzen, als Einnahmequelle betrachtet wurde. In eindringlicher Weise schildert Gustav Freytag in den Bildern aus der deutschen Vergangenheit die Ausnutzung des Münzregals durch Territorialherren und Städte:

> „... und allen lag ihr Münzrecht am Herzen, weil es Einnahmen brachte. Zuweilen verpachteten sie ihr Münzrecht gegen eine Jahresrente, ja sie verkauften ihre Münzstätten an andere Herren, sogar an Spekulanten ... die kleinen wie die großen Landesherren brauchten Geld und wieder Geld. Sie ließen statt von Silber in einer schlechten Mischung von Silber und Kupfer schwere und leichte Landesmünze schlagen. Bald wurde versilbertes Kupfer daraus. Wie die Pest griff diese Entdeckung, Geld ohne große Kosten zu machen, um sich. Hundert neue Münzen wurden errichtet. Wo ein verfallener Turm für Schmiede und Blasebalg fest genug schien, wo Holz zum Brennen vollauf und eine Straße war, da nistete sich eine Bande Münzer ein. Kurfürsten und Herren, geistliche Stifter und Städte wetteiferten miteinander, aus Kupfer Geld zu machen.“

Als Folge des Mißbrauchs obrigkeitlicher Prägerechte, nicht als Folge des Münzregals an sich — denn dieses wurde doch nur einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Günstlingen gewährt —, ergab sich im Mittelalter und in der Folgezeit das große Nebeneinander

7) Helfferich, Das Geld. Leipzig 1903. S. 39.

von Münzsorten. Gegen Ende des Mittelalters bestanden in Deutschland etwa sechshundert Münzstätten, und ähnliche Zustände zeigten sich vor allem in Italien, das, ebenso wie Deutschland ohne straffe Zentralgewalt, relativ spät zu einer Zentralisation des Münzwesens gelangte. Zwar war in der Frage der Ordnung des Münzwesens grundsätzlich das Reich zuständig, und die Reichsmünzverordnungen fanden rein formell Anerkennung und Verbreitung. Trotzdem störten sich aber die Münzberechtigten praktisch wenig an die genaue Durchführung der Bestimmungen. So kam es, daß in den einzelnen Münzgebieten Hunderte verschiedener Geldsorten nebeneinander kursierten. Da aber jeder Münzherr daran interessiert war, große Ueberschüsse aus seinem eigenen Münzbetriebe zu erzielen, trachtete er danach, fremde Münzen aus seinem Gebiet fernzuhalten, indem er Zahlung in der Münze des Marktortes anordnete. Der Verkehr fügte sich den Anordnungen nur widerwillig. Erfolgreicher war sein Widerstand gegen Versuche des Münzherrn, den Münzen einen höheren als ihren Stoffwert beizulegen: Die Kaufleute antworteten auf die dauernde Herabsetzung des Metallgehaltes mit Preiserhöhungen. In dem Bestreben der Besitzer des Münzregals, durch Erhebung des Schlagschatzes in Form dauernder Herabsetzung des Gewichtes und Gehaltes der Münze große Gewinne aus dem Recht zu ziehen, zeigte sich deutlich der Versuch, den Wert des Geldes vom Metallgehalt zu lösen und die Werteinheit für nominal zu erklären. Als Korrelat des Münzregals ergab sich von selbst das Verbot jeder privaten Prägung und die Forderung nach der Prägefreiheit d. h. dem jedermann zustehenden Recht, in der Münzstätte des Landesherrn nach Belieben aus Währungsmetall Währungsmünzen prägen zu lassen. Prägefreiheit für Gold und Silber ohne gleichzeitige Festlegung der Wertrelation zwischen beiden Metallen ergibt ein Währungssystem, das in der Literatur als Alternativ- oder Parallelwährung bezeichnet wird. In diesem Zustand befand sich Deutschland bis zum Jahre 1857, England in der Zeit von 1663 — 1695.

Allerdings fehlte es nicht an Versuchen, die Münzen beider Metalle in ein bestimmtes Wertverhältnis zu bringen und damit den Zustand der reinen Doppelwährung zu schaffen. Der Erfolg blieb in den meisten Fällen aus, weil der Markt die Sätze nicht anerkannte. Es bewahrheitete sich das Greshamsche Gesetz, wonach von mehreren im Verkehr befindlichen Geldarten, welche in einer bestimmten Nominalwertrelation zueinander stehen, die nicht ihrer Marktrelation entspricht, die gute Geldart durch die schlechte aus dem Verkehr gedrängt wird. Besonders England lernte die üblen Folgen der gesetzlichen Festlegung einer Wertrelation zwischen Gold und Silber wiederholt kennen und ging deshalb im Jahre 1663 zur Parallelwährung über.

c) Die merkantilistische Währungspolitik.

Im einleitenden Kapitel über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft ist darauf hingewiesen worden, daß im Zeitalter des Merkantilismus in der Wirtschaftspolitik hauptsächlich zwei Methoden in Anwendung kamen: Die Reglementierung und Privilegierung. Die Reglementierung zeigte sich in der Beeinflussung der gesamten Wirtschaftstätigkeit durch die autoritative Stelle, die Privilegierung in der Förderung fiskalischer Interessen und wirtschaftlcher Interessen der Unternehmer vor allem durch Verleihung bestimmter Sonderrechte. Auf dem Gebiete der Währungspolitik bemühte sich der Staat, die Wertrelation zwischen Gold- und Silbermünzen zu reglementieren. Mit wenig Erfolg, wie die Währungsgeschichte beweist, denn die sich rasch und immer wieder von neuem ändernde Marktwertrelation machte alle Anordnungen zunichte und zog einen ständigen Wechsel zwischen Parallelwährung und gesetzlicher Doppelwährung nach sich. Der Staat war diesen Erscheinungen gegenüber oft machtlos, wohl aus dem Grunde, weil die systematische Durchforschung des Erdraums nach Edelmetallen dauernd für neue Ueberraschungen in den Produktionsverhältnissen sorgte. Voraussetzung für eine Parallelität von Gold und Silber als Währungsmetallen war und ist aber ein einigermaßen stabiles Metallwertverhältnis.

Die größte Bedeutung im Rahmen der merkantilistischen Währungspolitik kam dem Münzregal zu. Das Münzregal, ursprünglich das ausschließliche Rechte des Staates, Münzen zu prägen oder unter seiner Aufsicht prägen zu lassen, wurde nach und nach zu einem Handelsobjekt. Die Verleihung des Münzrechtes als eines Privilegs an Herren und Städte führte aus egoistischen Motiven der Münzberechtigten zur mißbräuchlichen Ausnutzung und weiteren Veräußerung dieses Rechtes und hatte ein Chaos des Münzumlaufs und große Münzverschlechterungen zur Folge. Die Staatsgewalt erwies sich im merkantilistischen Zeitalter — wenigstens in den Anfängen — nicht als stark genug, durch Verordnungen auch nur einigermaßen den Münzwirrwarr zu beseitigen und durch eine zielbewußte Währungspolitik die lose nebeneinander bestehenden Münzsorten in ein geschlossenes System zu bringen, in dem stofflich und geltungsmäßig sich ergänzende Stücke vereinigt waren. Allerdings wird man bei einer Kritik der merkantilistischen Währungspolitik gut daran tun, die Zeitverhältnisse stark zu berücksichtigen. Dem Merkantilismus war die historische Aufgabe gestellt, die werdende Volkswirtschaft zu erzielen. Wirtschaftsfragen aller Art, deren Lösungen breits dem folgenden Zeitalter selbstverständlich erschienen, waren damals Probleme; sie mußten Probleme sein, weil keine vorhergegangene Epoche sie vom volkwirtschaftlichen Standpunkte aus zu beantworten versucht hatte. Mit besonderer Betonung gilt dies vom Geld.

Der nächsten Epoche blieb es u. a. vorbehalten, eine Ordnung zu schaffen, ein einheitliches Münzsystem, in dem die Beziehungen der Münzsorten zueinander geregelt waren. Es klingt fast paradox, wenn man bedenkt, daß ausgerechnet das Zeitalter des Laissez faire diese Ordnung schaffen sollte, wo doch bisher selbst der Einsatz staatlicher Machtmittel wenig erfolgreich geblieben war. Dabei wird übersehen, daß im Laufe der Entwicklung im Merkantilismus grundsätzlich die Aufklärung, Zentralisation und Gesetzgebung der Staatsgewalt empfindlich zugenommen hatte. Die wachsende Kompliziertheit der Verkehrsvorgänge verlangte direkt nach einem einheitlichen Geldsystem und einer zentralen Regelung des Geldwesens. Nachdem aber einmal der Staat das Fundament gefügt hatte, war gemäß der liberalen Anschauung die staatliche Mission erfüllt.

2. Das Zeitalter des Liberalismus.

a) Staat und Wirtschaft.

Der Merkantilismus wird in der Praxis der Staaten erst im Laufe des 19. Jahrhunderts abgeschafft. „Aber schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts erhebt sich eine immer schärfer werdende Kritik an seinen Methoden und seinen Zielen und führt zu einem neuen wirtschaftspolitischen System, zum Freihandel“ [8]).

Das Freihandelssystem ist als Reaktion gegen den Merkantilismus verständlich. Seine geistigen Grundlagen sind dem Naturrecht entlehnt. Im Mittelpunkt der liberalistischen Weltanschauung steht das Individuum, der Einzelmensch. Eigennutz des Individuums ist die Triebfeder alles wirtschaftlichen Verhaltens und die wichtigste Antriebskraft zur Hebung der menschlichen Wohlfahrt. Deshalb dürfen dem einzelnen in seiner wirtschaftlichen Betätigung vom Staate keinerlei Schranken gezogen werden: Die natürliche, von Menschen und menschlichen Satzungen unabhängige Ordnung zwingt das Individuum in Verfolgung seiner egoistischen Ziele, der Allgemeinheit zu dienen. Durch Eigennutz zum Gemeinnutz — das ist die Losung. So bildet der optimistische Glaube der Aufklärung an eine in Freiheit harmonisch geordnete Welt eine wesentliche Voraussetzung der Freihandelslehre.

Neben der geistigen Grundlage, dem Naturrecht, kommt der materiellen in Gestalt der Technik die größte Bedeutung zu. Die technischen Wandlungen in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhundert zeitigen im wahrsten Sinne des Wortes eine „industrielle Revolution“. England gelangt als erstes Land zur machtvollsten Entfaltung kapitalistischen Geistes, indem es die rationalistische Technik in den Dienst der Produktion stellt. Die Einführung der

8) Wagemann, Allgemeine Geldlehre. Berlin. 1923. S. 196.

Spinnmaschine und des mechanischen Webstuhls lenkt die Produktion in neue Bahnen und führt in enger Verbindung mit dem Ausbau des Verkehrswesens (Watts Dampfmaschine 1768) zur Entstehung einer machtvollen Textil- und Eisenindustrie. Die Technik beherrscht das Denken und Handeln des neuen Zeitalters. Unter ihrer Herrschaft wächst die Güterproduktion in einem bis dahin nicht für möglich gehaltenen Tempo und Umfang.

Parallel mit dem technischen Fortschritt geht eine wirtschaftsrechtliche Wandlung. Es „ändert sich zugleich mit der Technik die Wirtschaftsgesinnung und damit die gesamte Wirtschaftsverfassung, welche sich von einer Oligarchie privilegierter Unternehmer immer mehr in eine wirtschaftliche Demokratie verwandelt, die sich aus einer großen Schicht auf ziemlich gleichem Fuß miteinander konkurrierender Händler und Gewerbetreibender zusammensetzt“ [9]).

Aus dem Gesagten ergibt sich die Stellung des Staates zur Wirtschaft von selbst. Er hat im wesentlichen die Aufgabe, für Schutz zu sorgen gegen äußere und innere Feinde, im übrigen soll er sich um den Ablauf der Wirtschaft wenig kümmern. Die durch die Arbeitsteilung ermöglichte Produktionssteigerung macht einen hinreichend großen Markt zum Austausch der Güter erforderlich; vollkommenster Markt ist der Weltmarkt. Als Hilfsmittel beim Tauschvollzug dient das Geld. Der Glaube an die natürliche Zweckmäßigkeit in der Weltordnung sieht eine Einwirkung des Staates auf das Geldwesen als überflüssig an, und nur in solchen Fällen scheint das Vorgehen des Staates auf dem Gebiete der Währung gerechtfertigt, wenn es sich um Beseitigung irgendwelcher Auswüchse handelt, die dem harmonischen Kräfteausgleich hinderlich sind.

Vor allen Dingen gehört die Edelmetallbeschaffung nicht zum Aufgabenkreis des Staates. Man betrachtet das Geld als eine Ware wie alle anderen und überläßt seine Verteilung den natürlichen Gesetzen des Marktes. Damit wird der merkantilistische Glaube an das Metall als wesentlichen Faktor des Reichtums bekämpft. Andererseits bedeutet die Uebertragung des Freihandelsprinzips auf das Geldwesen, daß dem Quantitätsproblem grundsätzlich keine Bedeutung zukommt. Die Feststellung dieser Tatsache wird auch nicht durch den Hinweis auf die Currencytheorie entkräftet. Die Currencytheorie besagt, daß die Banknote lediglich zur Ersparnis des Goldumlaufs verwendet werden soll, nicht aber zur Freisetzung des Goldes als Ware. Diese Auffassung der Currencytheorie entspringt dem Glauben an die ordre naturel: Solange werden die Wirtschaftsfunktionen von der Geldseite her nicht gestört, als die Papiergelddemission in ihrem Umfang gewissermaßen ein Reflex des tatsächlich vorhandenen, durch die natürlichen Produktionsverhältnisse ermöglichten Edelmetallgeldes ist.

Die liberatlistische Währungspolitik als Teilgebiet der gesamten Wirtschaftspolitik wird wie diese vor allem negativ gekennzeichnet durch weitgehendste Ausschaltung staatlicher Initiative. Die „natür-

9) Wagemann, Allgemeine Geldlehre. S. 197. Berlin 1923.

liche“ Ordnung zeigt sich auf dem Gebiete des Geldwesens in dem sogenannten Automatismus der Goldwährung.

b) Gold und Silber als Münzmetalle.

Eines der interessantesten Probleme bildet die Frage nach der Produktions- und Wertrelation zwischen Gold und Silber. Die Währungsgeschichte zeigt, daß je nach dem Verhältnis von Produktion und Bedarf das Silber bald höher, bald tiefer im Preis steht.

In den beiden Jahrhunderten vor der Entdeckung Amerikas überwog in den Staaten des abendländischen Kulturkreises der Gebrauch des Goldgeldes. Während des 16. und 17. Jahrhunderts stieg die Silberproduktion außerordentlich. Als notwendige Folge ergab sich, daß in dem Nebeneinander von Goldgeld und Silbergeld das Silbergeld allmählich dominierte. Es betrug die Edelmetallgewinnung der Welt im Jahresdurchschnitt [10]):

in der Zeit von	Gold (in 1000 kg)	Silber (in 1000 kg)
1493—1520	5,8	47
1521—1544	7,2	90
1545—1560	8,5	312
1561—1580	6,8	300
1581—1600	7,4	419
1601—1620	8,5	423
1621—1640	8,3	394
1641—1660	8,8	366
1661—1680	9,3	337
1681—1700	10,8	342

Das Wertverhältnis von Gold und Silber gestaltete sich folgendermaßen, nachdem es bis Anfang des 17. Jahrhunderts — wenn man die Zeitspanne in Rechnung stellt — geringe Veränderungen erfahren hatte (Entdeckung Amerikas 1 : 11, bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts allmähliches Steigen auf 1 : 2):

1601—1620	12,25
1621—1640	14,00
1641—1660	14,50
1661—1680	15,00
1681—1700	15,00

In dieser Zahlenreihe kommt die stärkste Veränderung der Weltrelation seit Beginn des Mittelalters zum Ausdruck, und sie ist wahrscheinlich in der Währungsgeschichte nur übertroffen worden durch die Silberentwertung gegen Ende des 19. Jahrhunderts, die eine Epoche fortschreitender starker Entwertung des Silbers einleitete.

Eine beträchtliche Steigerung der Goldproduktion machte sich in der Mitte des 18. Jahrhunderts bemerkbar infolge der Ausbeutung brasilianischer Goldfelder. Den Höhepunkt bedeutete die

10) Tabelle und nachfolgendes statistisches Material aus Veit, Die Zukunft des Goldes. S. 20. Berlin 1937.

Periode von 1741—1760 mit einer durchschnittlichen Jahresproduktion von 24 600 kg. Die vermehrte Goldproduktion blieb nicht ohne Einfluß auf die monetären Verhältnisse der wirtschaftlich am meisten entwickelten Länder. Insbesondere in England, dessen Volkswirtschaft im 18. Jahrhundert einen gewaltigen Aufschwung nahm, war eine Vermehrung des Goldumlaufs wünschenswert. Obwohl der englische Staat das Silbergeld vorzog, entschied sich der Verkehr mehr und mehr für das gelbe Metall. Eine Zunahme des Goldumlaufs scheint damals auch für die übrigen Länder charakteristisch (mit Ausnahme von Deutschland).

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts machte sich ein geringer Rückgang in der Goldproduktion bemerkbar. Die Ergiebigkeit der Goldfelder Brasilien ließ nach, dagegen wurde die Ausbeute der mexikanischen und sibirischen Silberbergwerke größer. Die Veränderungen zeigen sich in folgender Darstellung:

Jahresdurchschnitt der Produktion:

in der Zeit von	Gold (in 1000 kg)	Silber (in 1000 kg)
1761—1780	20,8	653
1781—1800	17,8	879
1801—1810	17,8	894

Die Relation zwischen Gold und Silber gestaltete sich folgendermaßen:

1781—1800	15,09
1801—1810	15,56
1811—1820	15,56

Die Verschiebung des Wertverhältnisses zugunsten des Goldes bedeutete eine entscheidende Wendung. Der Entschluß, den Goldumlauf trotz Verschiebung des Wertverhältnisses zu erhalten, führte zur Weigerung des Staates, das in seine Münzstätten eindringende Silber auszuprägen. Mit der Aufhebung des freien Prägerechtes für Silber im Jahre 1798 hatte England bereits einen Schritt zur Goldwährung getan. Immerhin war bis zum Jahre 1870 das Verhältnis von Gold und Silber annähernd stabil, so daß in den meisten Staaten beide Metalle nach wie vor Gelddienste verrichteten. Dann aber sank der Wert des Silbers im Vergleich zum Golde so stark, daß seine Demonetisierung nicht mehr aufzuhalten war. Die weitere Entwicklung zeigen folgende Zahlen:

1871—1875	15,97
1876—1880	17,81
1881—1885	18,63
1886—1890	21,16
1891—1895	26,56
1896—1900	33,48
1901—1905	36,03
1906—1910	35,57
1914	37,27

Zwei Ursachenkomplexe kamen vor allem für das rapide Absinken des Silberpreises in Betracht: Einmal der Uebergang Deutschlands und anderer wichtiger Kulturländer zur Goldwährung, dann aber — und dieses Moment ist sicherlich bedeutsamer — die Steigerung und Verbilligung der Silberproduktion. Schließlich kam hinzu, daß die Verwendbarkeit für gewerbliche Zwecke beim Golde mehr wuchs als beim Silber.

Nachdem während des Weltkriegs und der ersten Nachkriegsjahre das Silber eine relativ günstige Stellung erlangt hatte (1920 war das Wertverhältnis zum Gold gar 15 : 1), trat im Verlauf der weiteren Entwicklung die Tendenz der Silberentwertung wieder hervor. Den Höhepunkt brachte das Jahr 1933 mit einer Relation des Goldes zum Silber von 1 : 76.

c) Die Goldwährung.

Die Aufhebung der Prägefreiheit für Silber bewirkte zunächst, daß nur noch das Gold die Funktion als Währungsmetall ausübte. Silbermünzen waren in ihrem Geldwert von ihrem Metallwert unabhängig geworden und dem Golde angegliedert. Solange freie Prägung für beide Metalle bestand, deckten sich Geldwert und Metallwert beim Silber genau wie beim Gold. Mit dem Verbot der freien Silberwährung verlor das Silber seine Selbständigkeit und wurde zur Scheidemünze degradiert, deren Kennzeichen in der Eigenschaft liegt, daß sie kraft staatlicher Befehlsgewalt einen höheren als ihren Stoffwert repräsentiert und nur bis zu einem gesetzlich festgelegten Höchstbetrage im Zahlungsverkehr angenommen zu werden braucht. Zur Scheidemünze wurde das Silber in England im Jahre 1816. Das im merkantilistischen Zeitalter ungelöste Problem, zwischen Gold und Silber eine feste Relation festzulegen, war auf diese Weise gemeistert.

„Die im Jahre 1816 geschaffene englische Münzverfassung heißt Goldwährung, weil das allein frei ausprägbare Gold für den Wert des Geldes bestimmend ist und die Goldmünzen allein Kurantgeld sind, und weil das Silber nur zur Ausprägung von Scheidemünzen und in dem Umfange verwendet wird, als es der Bedarf des Verkehrs an Geldstücken von geringerem Werte, die in Gold nicht dargestellt werden können, erfordert“ [11]). Das Beispiel Englands spornte zur Nachahmung an, und so trat dann die Goldwährung gegen Ende des 19. Jahrhunderts ihren Siegeszug an in allen wirtschaftlich hochentwickelten Staaten. Allerdings erhielt die englische Goldwährung ihren entscheidenden Ausbau durch die Peelsche Bankakte von 1844, durch die mit dem Einbau von Papiergeld in das Geldsystem der moderne Goldwährungstypus zur Entstehung gelangte. Die Peelsche Bankakte als Grundlage des sogenannten britischen Systems forderte, um der Gefahr mißbräuchlicher Ueberspannung

11) Helfferich, Das Geld. S. 67. Leipzig 1903.

der Notenemission vorzubeugen, Deckung aller einen Maximalbetrag überschreitenden Noten in Gold. Der Grundgedanke der Bankakte: Beschränkung der Notenausgabe zwecks Stabilhaltung des Geldwertes, ist in den einzelnen Ländern unter Anwendung verschiedener Methoden verwirklicht worden.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts noch unterschieden sich die übrigen Staaten von England vor allem durch vorwiegenden Silberumlauf. Preußen verzichtete 1750, Oesterreich 1786 auf ein stabiles Verhältnis zwischen Gold und Silber, schaffte also, genau wie England im Jahre 1663, den Zustand der Parallelwährung. Während aber in England die Goldzirkulation den Handelsverkehr beherrschte, zeigte sich im Verkehr der deutschen Staaten eine Bevorzugung des Silbers. Durch den Wiener Münzvertrag von 1857 gingen Oesterreich und die Länder des Zollvereins offiziell zur Silberwährung über, indem sie den Silbertaler als gemeinsame Währungsmünze einführten. Aehnlich lagen die Verhältnisse in Frankreich und den übrigen Frankenländern. Besonders in Frankreich machte der Gebrauch der Silbermünze Fortschritte, und zwar innerhalb des Systems der Doppelwährung, bei welchem seit dem Jahre 1785 eine feste Relation von 1 : 15,5 galt. Da aber die Marktrelation sich im Laufe der Entwicklung zuungunsten des Silbers gestaltete, verschwand das hochwertige Gold mehr und mehr aus dem Verkehr und überließ dem Silber fast ausschließlich die Zirkulation. Amerika zeichnete sich ebenfalls durch vorwiegenden Silberumlauf aus.

Da schaffte die Entdeckung großer Goldvorkommen in Kalifornien und Australien seit der Mitte des Jahrhundert eine völlig neue Situation.

Der internationale Handelsverkehr hatte seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts infolge der starken Entwicklung der Verkehrs- und Produktionstechnik immer größere Dimensionen angenommen. Je mehr nun die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftgebieten der Erde an Umfang zunahmen, umsomehr wuchs das Verlangen nach einem einheitlichen Währungssystem, einer einheitlichen Rechenbasis, die die internationalen Zahlungen sicherte und vereinfachte. England, die damals führende Handelsmacht, besaß in der Goldwährung ein Währungssystem, das allgemein als ein sicheres Fundament des internationalen Austausches angesehen wurde. Es bedurfte lediglich der großen überseeischen Goldschätze, die Staaten zur Einführung der Goldwährung zu veranlassen.

In den siebziger Jahren ging man allgemein zur Goldwährung über. Zuerst in Deutschland, das infolge des glücklichen Ausganges des Krieges von 1870/71 die nötigen Mittel in Form der französischen Kriegsentschädigungen erhielt. Im Jahre 1872 folgten die skandinavischen Staaten, wenig später Holland und die Länder der lateinischen Münzkonvention: Frankreich, Belgien, Italien, Schweiz (Einstellung der freien Silberprägung 1873). Oesterreich-Ungarn

ging im Jahre 1892 zur Goldwährung über, Rußland im Jahre 1899. Bis um die Wende des 19. Jahrhunderts schlossen sich von den wichtigeren Staaten auch Indien, Japan und die Vereinigten Staaten (mit Einspränkungen) der Goldwährung an. Damit war der Siegeslauf des Goldes beendet.

„Die moderne Währungspolitik unterscheidet sich von jener der Vergangenheit durch das Fehlen fiskalischer Gesichtspunkte, rein volkswirtschaftliche, durch das Interesse des Handels an einer sicheren Basis für die Kapitalrechnung bestimmte, geben den Ausschlag. In diesem Punkte ist England allen anderen Ländern vorangegangen“ [12]).

Die für das Zeitalter des Liberalismus typische Goldwährung ist also aus dem Bedürfnis heraus entstanden, zur Bewältigung des Handelsverkehrs ein Währungssystem zu besitzen, das die Vorteile des nationalen mit dem internationalen Gelde verbindet, und ein einheitliches Münzsystem, in welchem Gold und Silber „in einer ihren besonderen Eigenschaften entsprechenden Weise gleichzeitig im Umlauf sind“ [13]). Die Versuche früherer Jahrhunderte, die beiden Edelmetalle auf die Dauer in ein geschlossenes System zu bringen, erwiesen sich, wie wir schon gesehen haben, als erfolglos: Der Zustand der reinen Doppelwährung konnte nicht befriedigen, weil jede Schwankung der Marktrelation der Metalle eine Verdrängung des im Werte steigenden Metalls aus der Zirkulation zur Folge hatte (Greshamsches Gesetz), während der große Nachteil der Parallelwährung darin zu suchen war, daß der Verkehr mit zwei in stets schwankendem Kursverhältnis zueinander stehenden Geldarte zu rechnen gezwungen war. Aus der Erkenntnis all der Mängel heraus, die diesen Doppelwährungssystemen anhafteten, ergab sich eindeutig die Forderung nach Einführung der Goldwährung, jenes Währungssystems, bei welchem lediglich das Gold die Grundlage bildete, das Silber aber nur noch in Form des Scheidegeldes als ein Hilfsgeld in Erscheinung trat.

Mit der Degradierung des Silbers zum Scheidegeld fand das Problem der Einrichtung eines einheitlichen Münzsystem seine endgültige Lösung: Die Silbermünze wurde unterwertig ausgeprägt, d. h. ihr Stoffwert blieb hinter ihrem Nennwert zurück. Diese Maßnahme verhinderte, daß eine Verschiebung des Wertverhältnisses zugunsten des Silbers dazu führte, daß sie höher bewertet wurde als die Goldmünze. Außerdem hatte das Silbergeld beschränkte Zahlkraft: es brauchte im Verkehr nur bis zu einem gesetzlich festgelegten Höchstbetrage in Zahlung genommen zu werden. Seiner Ueberführung in die Hauptmünze, das Goldgeld, stand von einer gewissen Summe an nichts im Wege. Damit war die Vertretbarkeit der verschiedenen Metallgeldarten gesichert.

Daß darüber hinaus im System der Goldwährung nicht nur das Problem der Vertretbarkeit der verschiedenen Metallstücke seine

12) Max Weber, Wirtschaftsgeschichte. S 221. München und Leipzig 1924.
13) Helfferich, Das Geld. S. 68. Leipzig 1903.

Lösung fand, sondern auch die Frage des Einbaues papierner Zeichen beantwortet wurde, soll nicht unerwähnt bleiben.

3. Der Antiliberalismus in der Gegenwart.

a) Staat und Wirtschaft.

Zu Unrecht spricht man angesichts der Tatsache, daß bereits vor dem Kriege in fast allen Kulturländern sich die Wirtschaft in der Form von Kartellen, Syndikaten und Konzernen weitgehendst „gebunden" hatte, von einer praktischen Ueberwindung des liberalistischen Systems; denn der Versuch, die freie Konkurrenz — theoretisch ein Wesensmerkmal liberalistischer Wirtschaftsordnung — auszuschalten, geschah nicht in der Absicht, den eigennützigen Trieb des einzelnen Wirtschafters irgendwie zu beschränken, sondern in der Zielsetzung privatkapitalistischer Unternehmer, sich eine Monopolherrschaft zu sichern, zum mindesten aber die eigene wirtschaftliche Machtstellung gegen andere wirtschaftliche Interessengruppen zu verteidigen. Auch der Umstand, daß der Staat mehr und mehr aus seiner liberalen Reserve herausging und durch mancherlei Bestimmungen und Rechtsnormen in den Ablauf wirtschaftlichen Geschehens eingriff (Interventionismus; Protektionismus; Sozialpolitik), darf lediglich als ein Symptom des tatsächlichen Versagens des freien Spieles der Kräfte in der Wirklichkeit des Lebens gedeutet werden und als eine Abwehrmaßnahme des Staates gegen die immer stärker in Erscheinung tretende Tendenz der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaft, den Staat selbst zu beherrschen, nicht aber als der Anbruch einer neuen Epoche wirtschaftlicher Entwicklung.

Der Weltkrieg und seine politischen Folgen (Versailles) bedeuten die absolute Negation des liberalistischen Dogmas von der „internationalen Interessensolidarität" [14]) und damit umgekehrt die Bejahung der Existenz nationaler Volkswirtschaften als höchster organischer Einheiten auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die Idee der „Nationalwirtschaft" als Gegensatz zur Idee der „Weltwirtschaft" setzt sich aber erst nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise durch und bestimmt gegenwärtig in mehr oder minder starkem Maße die wirtschaftspolitischen Ueberlegungen und Handlungen der Staatsführungen.

Ohne Voreingenommenheit wird man sagen dürfen, daß das neue wirtschaftliche Wollen seinen vollkommensten Ausdruck findet im Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus hat die Erkenntnis zum Durchbruch gebracht, daß die Wirtschaftspolitik stets auf die Möglichkeit militärischer Konflikte ausgerichtet sein muß (Wehrwirtschaft), mit hin aus Gründen der nationalen Selbsterhaltung die Bedarfsdeckung des Volkes nach Maßgabe seiner eigenen Produktivkräfte als wichtigstes Ziel der nationalen Wirtschaft anzustreben

14) Jessen, Volk und Wirtschaft. S. 57. Hamburg 1936.

ist (Bedarfsdeckungswirtschaft). Aber auch der größtmögliche Wohlstand des an einen bestimmten Raum gebundenen Volkes ist nur durch diese Zusammenfassung und Ausrichtung der Produktionskräfte auf die Dauer sicherzustellen. Die Erreichung dieses Zieles hat die wirtschaftliche Führung durch den Staat als selbstverständliche Voraussetzung. Nach nationalsozialistischer Weltanschauung ist eine freie, ausschließlich sich selbst überlassene Wirtschaft nicht nur politisch untragbar; sie ist auch aus dem Grunde abzulehnen, weil sie zu einer Zerstörung aller sozialen Bindungen und auch zu einer Loslösung vom Lebensraum führt und damit die Verwirklichung der Idee der Volksgemeinschaft illusorisch macht. Wahre Volksgemeinschaft als das Ergebnis eines harmonischen Ausgleichs zwischen den gesamtwirtschaftlichen Interessen und den Interessen des einzelnen ist aber gleichzeitig der Hebel für die Macht und Größe einer Nation und kann nur durch eine planvolle Wirtschaftsgestaltung durch den Staat in Verbindung mit der Erziehung zu nationalsozialistischer Wirtschaftsgesinnung (Gemeinnutz geht vor Eigennutz) erreicht werden. Der Staat als „höchster technischer Mittler des völkischen Willens“ [15]) ist also der Wirtschaft übergeordnet, die Wirtschaft mithin nicht mehr Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck der Förderung völkischer Lebensinteressen.

„Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk.“ [16])

„Der Staat ... ist nicht eine Zusammenfassung wirtschaftlicher Kontrahenten in einem bestimmt umgrenzten Lebensraum zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben, sondern die Organisation einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleicher Lebewesen zur besseren Ermöglichung der Forterhaltung ihrer Art sowie der Erreichung des dieser von der Vorsehung vorgezeichneten Zieles ihres Daseins.“ [17])

„Politik und Wirtschaft stehen einander gegenüber wie Gemeinschaftsgeist und Einzelinteresse. Wo die Wirtschaft die Politik beherrscht, triumphieren Selbstsucht und Machthunger einzelner über das Wohl aller. Wo die Politik mit autoritärer Hand die Wirtschaft lenkt und sie entfaltet, da erhebt der Geist der Gemeinschaft ein ganzes Volk zu Glück und Wohlstand. Die Politik ist das Schicksal, sie steht über der Wirtschaft, weil es eines der Gesetze des Lebens ist, daß das Interesse der Gemeinschaft stärker ist als das Interesse des einzelnen.“ [18])

„Die Wirtschaft ist eine der vielen Funktionen des volklichen Lebens und kann daher nur nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten organisiert und geführt und nie nach dogmatischen behandelt werden. Es gibt als Dogma weder eine sozialisierte Wirtschaft, noch gibt es eine freie Wirtschaft, sondern es gibt eine verpflichtete Volkswirtschaft, d. h. eine Wirtschaft, der im gesamten die Aufgabe zu-

15) Jessen, Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik. S. 65. Hamburg 1937.
16) Hitler vor dem Reichstag am 23. 3. 1933.
17) Hitler, Mein Kampf. S. 165.
18) Reichspressechef Dr. Dietrich: Brücken in eine neue Welt. 1937.

kommt, einem Volke die höchsten und besten Lebensbedingungen zu verschaffen. Insofern sie dieser Aufgabe ohne jede Lenkung von oben, aus dem freien Spiel der Kräfte heraus gerecht wird, ist es gut und vor allem für eine Staatsführung sehr angenehm. Soweit sie auf irgendeinem Gebiet der ihr zukommenden Aufgabe als freie Wirtschaft nicht mehr zu folgen vermag, hat die Führung der Volksgemeinschaft die Pflicht, der Wirtschaft jene Anweisungen zu geben, die im Interesse der Erhaltung der Gesamtheit notwendig sind." [19])

Die Auffassung von der Volkswirtschaft als einer „völkischen" Wirtschaft, einer Wirtschaft, in der das Volk Ausgangspunkt und Zielpunkt ist und in der die Bedarfsdeckung, nicht die privatwirtschaftliche Rentabilität den Ausschlag gibt, ist spezifisch nationalsozialistisches Gedankengut. Im Zeichen des Nationalsozialismus ist die Idee des nach außen und innen gesicherten Nationalstaates Realität geworden. Italien, in weltanschaulicher Hinsicht dem Nationalsozialismus vielfach verwandt, verrät in der Gestaltung seines Wirtschaftslebens ähnliche Ziele. In den anderen Ländern ist der Wandlungsprozeß der Wirtschaftsverfassung nicht in dem Maße feststellbar, jedoch ist auch für die Wirtschaft der übrigen Welt das Wachsen des staatlichen Einflusses (Englands Schutzzollsystem; Amerikas New Deal) charakteristisch. Eine neue Zeit ist angebrochen, eine Zeit mit einem neuen, politischen Ethos, und es trifft die Feststellung zu, daß die Frage nach einer Teilnahme der Staaten an den Vorteilen des internationalen Güteraustausches von zweitrangiger Bedeutung geworden ist gegenüber der Wahrnehmung nationalwirtschaftlicher Lebensnotwendigkeiten.

*

Dem Wandel der Ideologien ist naturnotwendig auch die Währung unterworfen. Die Unterordnung der Wirtschaft unter die nationalen Zwecke muß dazu führen, auch das Geldwesen, als einen maßgeblichen Wirtschaftssektor, nach dieser Richtung hin zu orientieren und den staatlichen Absichten dienstbar zu machen. Die Betrachtung der währungspolitischen Ereignisse in der Gegenwart lehrt, daß die einzelnen Staaten in Verfolgung ihrer besonderen Interessen und Ziele den „Automatismus" der liberalistischen Goldwährung preisgegeben haben zugunsten einer den besonderen nationalen Bedürfnissen besser entsprechenden „gesteuerten Währung".

b) Die Währung nach dem Kriege.

Im Verlauf des Weltkrieges beseitigten die meisten Staaten unter dem Druck des ungeheuren Finanzbedarfes die Goldwährung. An die Stelle des Währungsautomatismus trat die bewußte Manipulierung der intervalutarischen Kurse durch den Staat. Allerdings trugen diese Maßnahmen nur vorübergehenden Charakter, denn schon nach dem Kriege wurde die Goldwährung wieder eingeführt.

19) Hitler auf dem Parteitag der Arbeit 1937.

Deutschland führte seine Währung in den Jahren 1923/24 auf die Goldbasis zurück, England 1925, Frankreich und Belgien 1926. Immerhin war in der Rekonstruktion der Vorkriegswährung ein Strukturwandel unverkennbar, eine Tatsache, die in der Bezeichnung „Goldkernwährung" für die neue Form der Goldwährung ihren Niederschlag fand. Die Goldwährung alten Stils war ersetzt durch eine Währung, die zwar durch Goldankaufsbestimmungen und die Einlösungsverpflichtung an den Goldwert geknüpft war, praktisch aber keinen effektiven Goldumlauf hatte [20]). „Die Entgoldung war das Zeichen der Zeit" [21]).

Aber auch in der Form der Goldkernwährung, für deren Einführung in erster Linie der Umstand entscheidend war, daß nicht genügend Gold für monetäre Zwecke bereitgestellt werden konnte, vermochte sich auf die Dauer die Goldwährung nicht zu erhalten. Die Stockung der internationalen Kapitalbewegungen als Ergebnis des sich mehr und mehr ausbreitenden politischen Mißtrauens, Ungleichmäßigkeiten in der Verteilung der Goldreserven, Goldausfuhrverbote, vor allem aber die Absperrung des Warenverkehrs und das Bestehen politischer Zahlungsverpflichtungen beseitigten die elementaren Voraussetzungen für eine selbständige Regulierung von Geldwert und Zahlungsbilanzen durch Goldbewegungen und damit die Automatik der Goldwährung. Das Prinzip des Laissez-faire war auch in der Währung am Ende, das solidarische System der Goldwährung abgelöst durch eine Vielzahl selbständiger nationaler Währungen.

*

Der äußere Verlauf der währungspolitischen Ereignisse in den wirtschaftlich führenden Ländern zeigt folgende Besonderheiten:

Das amerikanische Zeitalter der „ewigen Prosperity" fand mit dem „schwarzen Donnerstag" der New Yorker Börse am 29. Oktober 1929 ein jähes Ende. Infolge einer ausgesprochenen Konzentrationspolitik waren schon während des Krieges die Gold- und Devisenbestände der Vereinigten Staaten stark angewachsen; die Inflation der europäischen Nachkriegsperiode verstärkte das monetäre Wachstum noch erheblich, mit der Wirkung, daß die Vereinigten Staaten 1925 bereits über 45 v. H. der Weltgoldmenge verfügten. Das Federal Reserve System war zwar nicht gewillt, eine der Größe des Goldvorrates entsprechende Kreditausweitung folgen zu lassen, und begann einen Teil des Goldes zu „sterelisieren". Immerhin war die Steigerung des Kreditvolumens noch erheblich, sie bewirkte zusammen mit der nach 1925 einsetzenden, durch neue technische und organisatorische Fortschritte ermöglichten Produktionsausweitung die amerikanische Hochkonjunktur, die auch auf

20) Die Goldkernwährung ist eine Goldwährung ohne Goldumlauf (Machlup). Gold ist zwar Währungsmetall, in internem Wirtschaftsverkehr aber nicht im Umlauf. Es besteht eine Reserve, der sogenannte Goldkern, als Ausgleichsgrundlage gegenüber dem Ausland. Die Zentralnotenbank ist verpflichtet, für Exportzwecke Noten auf Verlangen in Gold einzulösen und Gold stets zu einem gesetzlich vorgeschriebenen Kurse anzukaufen.

21) Lexis-Terhalle, HdSt. Jena 1928.

die Wirtschaft der übrigen Länder überaus günstig einwirkte, vor allem auf die deutsche und die englische Exportstellung. Als infolge des „Spekulationstaumels", der das Kursniveau künstlich überhöhte, die amerikanische Prosperity zusammenbrach, wurde das wirtschaftliche Gleichgewicht der übrigen Welt ebenfalls empfindlich gestört.

Im Gegensatz zu der amerikanischen befand sich die englische Wirtschaft der Nachkriegszeit in einem Zustand tiefster Depression. Im Jahre 1925 wurde durch den Gold Standart Act die Goldwährung in Form der Goldkernwährung wieder eingeführt, aber dadurch, daß man zur Vorkriegsparität des Pfundes zurückkehrte, also einen ständigen Druck auf das Inlandspreisniveau auszuüben gezwungen war, wurde jede Bereitschaft zu Investitionen unterbunden, damit eine Besserung der konjunkturellen Lage verhindert. Hinzu kam, daß es nicht gelang, den Deflationsprozeß bis zur letzten Konsequenz durchzuführen und die Kostenfaktoren der Produktion dem internationalen Preisniveau anzupassen. Die Ziffern der Arbeitslosen seit 1921 beweisen, wie verhängnisvoll die Politik der Bank von England sich ausgewirkt hat.

Besonders schwierig lagen die Verhältnisse in Deutschland. Die in Versailles erzwungene Verstümmelung des deutschen Lebensraums, der Verlust wichtiger Rohstoffgebiete und der gesamten Auslandsanlagen sowie die Aufbürdung einer die Leistungsfähigkeit des Volkes übersteigenden Tributlast hatten einen tiefgreifenden Strukturwandel der deutschen Wirtschaft zur Folge. Die politischen Folgen des Weltkrieges gewannen auch für die Währung schicksalhafte Bedeutung. Nach dem Plan des Dawes-Komitees sollte die Transferierung der Reparationszahlungen aus normalen Exportüberschüssen erfolgen, also nur dann, wenn dies ohne Gefährdung der Stabilität der deutschen Währung möglich war (Transferschutz). Als im Laufe der Zeit sich herausstellte, daß der deutsche Export die fremden Industrien gefährdete, verweigerten die Gläubigernationen zu einem großen Teil die Annahme deutscher Waren, so daß für Deutschland die Auslandsanleihe als einzige Möglichkeit verblieb, die für die Reparationszahlungen erforderlichen Mittel bereitzustellen. Mit der Aufnahme von Auslandskrediten verwandelte sich aber die politische Schuld in eine kommerzialisierte Schuld, für die kein Transferschutz bestand. Besonders verhängnisvoll wirkte sich die Form der kurzfristigen Anlage aus, in der das Ausland den größten Teil des Kapitals zur Verfügung stellte. Als infolge des schwindenden Vertrauens in die Zukunft der deutschen Wirtschaft die auswärtigen Kredite plötzlich gekündigt und zurückgezogen wurden, konnte der Devisenüberschuß nicht mehr bereitgestellt werden. Der Versuch der Regierung Brüning, die Ausfuhrstellung Deutschlands durch eine Zwangssenkung der Preise und Kosten zu verbessern, endete mit der rapiden Zunahme der Arbeitslosigkeit. In der Kreditkrise im Sommer 1931 sah sich die Reichsbank gezwungen, durch einen künstlichen Ausgleich der

Zahlungsbilanz die Stabilität der Währung zu gewährleisten (Transfermoratorien, Stillhalteabkommen, Devisenbewirtschaftung).

*

Man wird sagen dürfen, daß das Versailler Diktat letzte Ursache der Weltwirtschaftskrise ist und daß mit dem Zusammenbruch der amerikanischen Prosperity die Weltwirtschaftskrise einsetzt. Nicht nur Deutschland und England, überhaupt alle am Welthandel beteiligten Länder wurden von den Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftskrise getroffen. Die amerikanische Krise wuchs aus zur Weltkrise, ihre Symptome: Arbeitslosigkeit, Preisverfall und Produktionsrückgang wurden zu Merkmalen des wirtschaftlichen Zustandes der Welt. Den Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise bedeutete der Zusammenbruch des Kreditgebäudes in den wirtschaftlich führenden Ländern. Er bewirkte eine allgemeine Abkehr von den überlieferten Währungsprinzipien und zeitigte eine Reihe tiefgreifender, für die Gegenwart charakteristischer währungspolitischer Maßnahmen.

Der Problematik dieses Geschehens nachzugehen, soll Aufgabe eines letzten Kapitels sein; einführen in den Fragenkomplex mögen nachstehende Ausführungen über das Geldwertproblem.

II. TEIL:

Grundsätzliches.

1. Das Geldwertproblem.

Gerade die heutige Zeit regt wieder zum Nachdenken an über den wirklichen Sinn des Geldes. Die Anhänger und Verfechter der landläufigen Meinung, die Güte einer Währung sei lediglich nach der Goldmenge, die dem Staat zur Verfügung steht, zu beurteilen, sind in Verwirrung geraten. Mit Staunen nimmt man wahr, daß die Währung im nationalsozialistischen Deutschland klaglos funktioniert trotz des Papiers und trotz des auf einen geringen Rest zusammengeschmolzenen Goldvorrates. Man vermutet mit Recht, daß es außer dem Golde noch eine andere Kraft geben müsse, die dem Gelde Machtfülle und Wertbeständigkeit zu verleihen vermag. Von neuem erhebt sich die Frage nach dem Wesen des Geldes, insbesondere aber die Frage nach den Faktoren, die den Geldwert bestimmen.

a) Das Wesen des Geldes.

Money is that Money does (Walker).

Das Geld setzt den Tausch voraus, es ist aus dem Verlangen entstanden, beim Austausch der Güter ein allgemein anerkanntes Tauschmittel zu besitzen.

Wie alles Bestehende, so ist aber bereits der Tausch selbst das Ergebnis eines geschichtlichen Prozesses. Es ist anzunehmen, daß das Geschenk die Vorstufe des Tauschverkehrs darstellte. „Das Geschenk unter Gleichstehenden, z. B. unter Gastfreunden, fand seine Ergänzung am Gegengeschenk, und dieselbe Sitte, welche das Gegengeschenk verlangte, bildete sich dahin aus, auch das Vorhandenseit einer gewissen Relation von Geschenk und Gegengeschenk zu fordern“ [1]). Mit der Tatsache, daß sich innerhalb der Menschengruppen allmählich übereinstimmende Vorstellungen über den Wert der Güter bildeten und Geschenk und Gegengeschenk ihrem Werte nach entsprachen, war der Uebergang zum unmittelbaren Tausch vollzogen.

Im Laufe der Entwicklung, als selbst in der primitiven Wirtschaft die Tauschvorgänge häufiger wurden, als das Verlangen wuchs, diejenigen Güter, an denen man Ueberfluß hatte, gegen andere, fremde Güter einzutauschen, empfand man mehr und mehr

1) Helfferich, Das Geld. S. 9. Leipzig 1903.

die Schwierigkeiten des unmittelbaren Tausches und die Notwendigkeit ihrer Beseitigung: nicht immer fand derjenige, welcher im unmittelbaren Austausch ein Gut begehrte, einen Kontrahenten, der das von ihm angebotene Gut gebrauchen konnte. Diese Ungewißheit der Tauschmöglichkeiten führte zu dem Versuch, ein allgemein anerkanntes Tauschmittel einzuschieben. Es wurde nun nicht mehr getauscht nach der Formel: Ware gegen Ware, sondern: Ware — Geld — Ware. Der ursprüngliche einfache Tauschvorgang war in zwei Handlungen zerlegt worden, nämlich in Kauf und Verkauf. Damit trat an die Stelle der Naturalwirtschaft die Geldwirtschaft.

Während man zunächst alle möglichen Dinge als Geld verwandte (Naturgeld oder Warengeld), erkannte man nach und nach, daß der als Geld gebrauchte Gegenstand u. a. folgende Eigenschaften haben müsse: 1. hohen Wert bei relativ kleinem Volumen, um als allgemeines Tauschmittel, 2. Dauerhaftigkeit und Wertbeständigkeit, um als Rechenmaßstab dienen zu können, 3. unbegrenzte Teilbarkeit. Diese Eigenschaften zeigten in vollkommener Weise nur die Metalle, unter ihnen vor allem Gold und Silber. Ihre Gewichtseinheit wurde zur Werteinheit.

Anfangs wog man die Edelmetalle beim Tausch in Form von Barren ab (pensatorisches Geld). Die sich dabei ergebenden Umständlichkeiten (ständiges Ueberprüfen des Gewichtes und Feingehaltes) führten im Laufe einer längeren Entwicklung dazu, einzelne Metallstücke nach dem Gewicht und Feingehalt zu beglaubigen. So entstand die Münze, die in den verschiedensten Formen auftrat. Während zunächst die Stempelung der Münze von Privaten vorgenommen wurde, übernahm später der Staat diese Aufgabe. Praktisch bedeutete dieses „Hoheitsrecht" des Staates den Versuch, allmählich den Geldwert vom Stoffwert zu lösen und die Werteinheit für nominal zu erklären.

Grundsätzlich ist hervorzuheben, „daß der Geldcharakter weder an einen bestimmten Inhalt, noch an eine bestimmte Form gebunden ist, daß im Prinzip jeder beliebige Gegenstand als Tauschmittel dienen kann, sofern er nur der einzigen Voraussetzung entspricht, die zum Austausch überhaupt notwendig ist, nämlich daß er individueller Verfügungsfähigkeit unterworfen und nicht für jedermann in unbegrenzter Menge verfügbar ist" [2]). Es ist mithin müßig, darüber zu streiten, welche Objekte im einzelnen unter den Geldbegriff fallen. In der Bereitwilligkeit der wirtschaftenden Individuen, Tauschhandlungen unter Benützung eines bestimmen Gutes vorzunehmen, liegt die Anerkennung dieses Gutes als allgemeinen Tauschmittels, als Geld. Daneben ist es aber auch ein „Rechenhilfsmittel, das die verschiedenartige wirtschaftliche Bedeutung der am Markte befindlichen Waren für die Bedürfnisbefriedigung als tertium comparationis auf einen einheitlichen Nenner zurückführt" [3]). Die Funktion des Geldes, Maßstab der Rechnung zu sein, zeigt sich bei jedem

2) Amonn, Grundzüge der Volkswohlstandslehre. S. 193. Jena 1926.
3) Adolf Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. S. 218. München und Leipzig 1932.

alltäglichen wirtschaftlichen Vorgang: in den Einnahmen und Ausgaben. Mit diesen beiden wirtschaftlichen Funktionen des Geldes, des Tauschmittels und des Rechenhilfsmittels, verbindet sich seit Bestehen des Staates eine juristische Funktion: die des gesetzlichen Zahlungsmittels. „ Jede dieser drei grundlegenden Leistungen hat sozusagen konstitutive Bedeutung. Gleichwohl ist immer jeweils die eine oder die andere stärker in den Vordergrund getreten, so daß je nach dem größeren Gewicht, das jeweils eine dieser Funktionen hatte, auch verschiedene Epochen des Geldwesens unterschieden werden können“ [4]).

b) Eine überwundene Ansicht.

Im Mittelalter stellt man das Geld in einen Gegensatz zu den Waren. Während die Güter dadurch einen konkreten Nutzen stiften und wertvoll sind, daß sie dem Verbrauche dienen, dient das Geld der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nur mittelbar, indem es die Beschaffung der Güter erleichtert oder erst ermöglicht. Auch die Merkantilisten huldigen im Prinzip der Ansicht, das Geld sei das Gegenteil der Waren und erhalte seinen Wert auf ganz anderer Grundlage als die Waren. „Ganz klar haben sie das freilich fast nie zum Ausdruck gebracht, wenn gleich sie, wie Adam Smith selbst betont, der ihrer Auffassung so wenig gerecht geworden ist, häufig von dem Hinweis ausgehen, daß der eigentliche Reichtum in Ländern, Häusern und Waren bestünde. Ganz klar haben sie es aber oft genug ausgesprochen, daß die Edelmetalle ein bloßes Zeichen seien, ein Wertsymbol“ [5]). Durch Uebereinkunft der Menschen erhalte Gold und Silber fiktiven Wert. Geld sei ein zielbewußt geschaffenes Mittel zur Erleichterung des Tauschverkehrs, etwas Künstliches welches nicht den Wertgesetzen der Ware unterliege.

Diese scharfe Trennung zwischen Geld und Ware hebt zweifelsohne ein wichtiges Wesensmerkmal des Geldes hervor insofern, als tatsächlich Geld und Ware sich grundsätzlich unterscheiden. Dieser Unterschied liegt aber nicht, wie man damals allgemein annimmt, in der Gegenüberstellung von künstlichem und natürlichem Wert, sondern — wie später noch zu zeigen ist — in den Funktionen. Immerhin rechtfertigt die Ansicht über das Geld als selbständige Kategorie des Wirtschaftslebens das Verfahren der Landesherren, den Metallwert der Münze herabzusetzen.

Die außerordentlichen Münzverschlechterungen in der Zeit der Kipper und Wipper, insbesondere aber die Erfahrungen, die man mit der Doppel- und Parallelwährung macht und zur Entdeckung jenes Gesetzes führen, das später nach seinem Entdecker das Greshamsche Gesetz benannt worden ist, zeitigen eine allgemeine Abkehr von dem Gedanken, daß das Geld Ausfluß der Macht des Fürsten, der Geldwert etwas ganz Willkürliches sei. Man kann nicht länger zweifeln, daß der Metallwert für den Wert der Münze ausschlaggebend ist, und gelangt so zu der Meinung, das Geld unter-

4) v. Zwiedineck-Südenhorst, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. S. 171. Berlin 1932.
5) Wagemann, Allgemeine Geldlehre. S. 12. Berlin 1923.

liege den Wertgesetzen der übrigen Güter. Damit ist die Gleichsetzung von Geld und Ware vollzogen. Gold- und Silbermünzen sind nicht mehr bloße Wertzeichen, sie haben einen originären Wert, der sich aus der stofflichen Grundlage herleitet.

Die Hervorhebung des Warencharakters des Geldes ist das Kennzeichen der neuen Richtung der Geldtheorie. Die sogenannten Klassiker lehnen die Ansicht, es handle sich beim Gelde um einen vom Stoffwert der Münze unabhängigen, willkürlichen Wert, schroff ab. Allerdings sind sie weit davon entfernt, das Edelmetallgeld als eine ideale Einrichtung zu bezeichnen. „Die Substitution des Papiers an die Stelle des Gold- und Silbergeldes ersetzt ein sehr kostspieliges Verkehrsmittel durch ein weit weniger kostbares und manchmal ebenso passendes. Der Umlauf wird durch ein neues Rad bewirkt, dessen Herstellung und dessen Unterhalt weniger kostet, als bei dem alten der Fall war“ [6]). Dabei ist selbstverständliche Voraussetzung, daß die Papierzeichen jederzeit in Gold und Silber einlösbar sind, also ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Edelmetall besteht.

c) Der Metallismus.

Der Metallismus — der Ausdruck stammt von Knapp — ist als Reaktion gegen die in der merkantilistischen Epoche herrschenden Meinung, Geld und Geldwert seien etwas Willkürliches, verständlich. Wie die Merkantilisten die Souveränität des Staates, so überschätzen die Anhänger des Metallismus die Rolle des Materialwertes beim Gelde.

> „Die Tugend der Zahlungsmittel ist zu hüten. Und was ist Tugend? Innerer Wert! Wert, der nicht auf Fiktion, Uebereinkunft, äußerem Schutz beruht, sondern auf eigener Kraft. Des Geldes Kraft liegt im Metall, nur und allein in diesem. Sowie hinter dem Namen des Geldes etwas steht, das weniger Kraft besitzt als die volle Quantität und Qualität des Metalls, von dem es den Namen ableitet, so ist der Empfänger betrogen. Er kann jahrelang in seiner Täuschung sich fortbewegen, wieder ausgeben und einnehmen, der Tag wird kommen, an dem er zu seinem Schaden inne wird, daß er betrogen war.“ [7])
>
> „Wenn das Geld lediglich eine Anweisung auf bestimmte von der Volksgemeinschaft hergestellte Produkte darstellt, wie z. B. in einer sozialistischen oder kommunistischen Wirtschaftsorganisation, so braucht das Geld keinen Substanzwert zu haben. Eine papierne Anweisung, auf Grund welcher die Volksgenossen gewisse von der Volksgemeinschaft hergestellte und durch die Obrigkeit bewertete Produkte erhalten können, genügt für diesen Zweck. Anders aber, wenn das Geld bestimmte Funktionen in einer auf dem freien Güteraustausch beruhenden individualistischen Verkehrswirtschaft erfüllen soll. Für diese Funktion ist nur ein Geld mit Substanzwert brauch-

6) Adam Smith. Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstands. II Band. S. 25. Jena 1920.

7) Bamberger, S. 52 in Diehl-Mombert: Ausgewählte Lesestücke zum Studien der politischen Oekonomie. Band 10.

bar, denn da die Produzenten ihre Ware nur dann hergeben werden, wenn ihnen auch ein entsprechendes Aequivalent geboten wird, muß auch jeder am Marktverkehr Beteiligte schätzen können, ob das ihm gebotene Tauschmittel seinem Werte nach ihn veranlassen kann, seine Ware herzugeben. Ein vom Staate kostenlos hergestelltes Papiergeld ohne jeden eigenen Wert ist zu einer Wertvergleichung völig unmöglich." [8])

Die Neigung zu der übertriebenen Betonung der Rolle des Metalls im Geldwesen ist historisch leicht erklärbar. Die dauernden Münzverschlechterungen sowie später die traurigen Erfahrungen mit dem Papiergeld — man denke an das Experiment des Schotten John Law im Anfang des 18. Jahrhunderts — sind nicht dazu angetan, der Auffassung, nach der das Geld einen willkürlichen Wert hat, neue Anhänger zu sichern. Dazu macht der ständig wachsende Handelsverkehr ein geordnetes Geldwesen mehr denn je erforderlich. Was liegt näher nach den gemachten Erfahrungen, als das Verlangen nach einem Metallgeld, bei dem Nominalwert und Stoffwert zusammenfallen, einem Metallgeld, an dessen Wert man den Wert aller Güter vergleichen und messen kann. Die Funktion als Rechnungsmaßstab findet neben der Tauschmittelfunktion starke Beachtung. „Das Recht der freien Prägung, welches den freien Uebergang des Metalls von der Warenform in die Geldform und umgekehrt gewährleistet, wird als die Grundlage einer gesunden Währung anerkannt" [9]).

„Der Grundgedanke des Metallismus, der allerdings in seiner ursprünglichen Fassung heute kaum noch Anhänger findet, gipfelt in der Feststellung, daß der Geldstoff nicht nur historisch erklärt werden kann. Die metallische Unterlage wird auch wirtschaftlich gefordert. Der Wert des Geldes beruht auf den ihm innewohnenden stofflichen Gehalt. Die Bewegung der Preise, die durch metallisch fundiertes Geld erfüllt werden, wird als Kaufkraftänderung der betreffenden Metalle aufgefaßt" [10]).

Der Versuch, das Geld mit den Metallen zu identifizieren und die Geldfunktion unmittelbar auf ihren Stoffwert zurückzuführen, entspricht den allgemeinen Forderungen der Freihandelslehre. Als die Aufklärungsphilosophie die rechtliche und materielle Gleichheit aller Menschen fordert, verliert die Monarchie ihren Nimbus, und damit wird auch das Geld seines Glanzes entkleidet und allen übrigen Gütern gleichgestellt. Die übertriebene Verknüpfung des Geldes mit dem Metall fällt in eine Zeit, die vor allem durch die Passivität der Staatsgewalt gekennzeichnet ist. Das ist kein Zufall, wenn man bedenkt, daß der Staat auf dem Gebiete des Geldwesens seine passive Roll nur dann bewahren kann, wenn dem Verkehr eine Geldart zur Verfügung steht, bei der Nominalwert und Stoffwert übereinstimmen.

8) Diehl, Theoretische Nationalökonomie. III. Band. S. 268/69. Jena 1927.
9) Heller, Die Entwicklung der Grundprobleme der volkswirtschaftlichen Theorie. S. 105. Leipzig 1931.
10) Wörterbuch der Volkswirtschaft. Gutmann, Nominalismus. Jena 1932.

Ueber dieses Problem wird in anderem Zusammenhang noch zu reden sein.

d) Der Nominalismus.

Den begrifflichen Gegensatz zum Metallismus bildet der Nominalismus. Der im Mittelalter herrschende Gedanke, wonach das Geld sich von den Waren seinem Wesen nach unterscheidet, wird neu aufgegriffen. Während die metallistische Geldauffassung in dem Gelde nichts anderes sieht als eine bestimmte Menge Edelmetall, die im Verkehr als Tauschgut Verwendung findet, erblickt die nominalistische Geldauffassung das Wesen des Geldes in einer abstrakten Anweisung auf bestimmte Teile des Sozialproduktes.

Dabei ist darauf zu verweisen, daß der Nominalismus keine einheitliche Theorie darstellt, sondern vielmehr in einer Anzahl von Spielarten auftritt. „Alle Richtungen haben jedoch gemeinsam die Ablehnung der konstitutiven Bedeutung des Metalls für die Wirkungskraft des Geldes“ [11]). Für die Nominalisten aller Schattierungen ist der Nennwert entscheidend, nicht der Stoffwert. „Der Geldstoff ist für sie eine Zugabe, welche zwar historisch verständlich, doch für den Geldbegriff nichts wesentliches ist“ [12]).

Den Gedanken, daß der Geldstoff ohne Bedeutung sei für den Begriff des Geldes, hat Knapp in seiner staatlichen Theorie des Geldes eingehend dargelegt. „Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung“ — mit diesen Worten beginnt Knapp sein Wert. Diese Worte sind bezeichnend für den Geist, der die Knappsche Theorie beherrscht: die Bedeutung des Staates in Bezug auf das Geldwesen, gerade das moderne Geldwesen, wird ins richtige Licht gerückt. Erst durch die staatliche Proklamation erhält die wirtschaftliche Funktion des Geldes, allgemeines Tauschmittel zu sein, die juristische Sanktion. Der staatliche Befehl macht das Geld zum gesetzlichen Zahlungsmittel, d. h. „er verleiht einem Gegenstand das gesetzlich anerkannte Recht, in unbeschränkter Menge da verwandt zu werden, wo Verpflichtungen zu effektiven Geldleistungen bestehen“ [13]).

Allerdings behauptet Knapp nicht, wie vielfach angenommen wird, der Staat habe Allmacht über das Geldwesen, er könne ganz nach seinem Belieben dem Gelde seinen Wert verleihen. Knapp vertritt lediglich den Standpunkt, daß in hochentwickelten Volkswirtschaften der Staat dem Gelde innerhalb des staatlichen Machtbereiches Geltung verschaffe. Wenn gelegentlich die Meinung vertreten wird, der nationalsozialistische Staat müsse seiner Idee nach Anhänger einer staatlichen Theorie sein, so kann dem nur beigepflichtet werden, allerdings in dem oben gekennzeichneten Sinn. Der Staat, der die wirtschaftenden Menschen zu einer organisatori-

---

11) Wörterbuch der Volkswirtschaft. Gutmann. Nominalismus.
12) Heller, Die Entwicklung der Grundprobleme der volkswirtschaftlichen Theorie. S. 108. Leipzig 1931.
13) Adolf Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. S. 220. München und Leipzig 1932.

schen Einheit zusammenschließt, zeichnet sich gerade in der Gegenwart aus durch starke Beeinflussung aller Teilbereiche des menschlichen Zusammenlebens. Der Bereich der Wirtschaft und in ihm das Geldwesen bilden keine Ausnahme. Allerdings wirft der Staat, besonders dann, wenn ihm das Volk als der zentrale Wert schlechthin erscheint, beim Ergreifen irgendwelcher Maßnahmen die wirtschaftlichen Grundwahrheiten keineswegs über Bord. Im Gegenteil: aus seinem Verantwortungsbewußtsein heraus gegenüber der Volksgemeinschaft wird er sorgfältig Kräfteeinsatz und Erfolgsaussichten gegeneinander abwägen müssen. Die staatlichen Befehle im heutigen Deutschland, die die Regelung des Geldwesens betreffen, verdanken der Gewißheit ihre Entstehung, daß beispielsweise die vom Staat zum Geld erklärten Objekte vom Verkehr — das Problem des inländischen Verkehrs interessiert hier — vertrauensvoll angenommen und gebraucht werden. Das Vertrauen der wirtschaftenden Menschen in die Staatsführung spielt im Geldwesen eine nicht zu überschätzende Rolle. „Es ist schon viel erreicht, wenn ein Volk die Richtigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen seiner Regierung zu erkennen und sich deren Bedeutung in dankbarem Verstehen klarzumachen imstande ist“ [14]). Daß man in früheren Zeiten und teilweise in der übrigen Welt heute noch dem Staate mit Mißtrauen begegnet, auch oft dazu Veranlassung hat und sich deshalb kein Geld „aufdrängen“ läßt, soll nicht bestritten werden. Dieser Umstand bedeutet aber kein Argument gegen die Tatsache, daß im autoritären Staate das Vertrauen der wirtschaftenden Menschen untereinander sowie im Verhältnis zum Staate selbst genügt, dem Geldwesen ein festes Fundament zu verschaffen. Stets kommt es im Wirtschaftsverkehr letzten Endes darauf an, daß der Eigentümer einer Summe Geldes die Gewißheit hat, im Bedarfsfalle die Geldsumme gegen eine ihrem Nennwert entsprechende, in allen Zeitpunkten gleichgroße Gütermenge eintauschen zu können. „Diese Sicherheit bietet ein vollwertiger Geldstoff, vor allem vollwertiges Goldgeld. Sie ist aber auch dann gegeben, wenn der Staat das Preisniveau aufrechtzuerhalten vermag. So ergeben sich von vornherein zwei Fundamente, welche den Wert des Geldes tragen können: das Metall und das Vertrauen in die Kraft der nationalen Arbeit“ [15]).

e) Funktion und Wert.

Daß das Geld keine sich gleichbleibende Erscheinung ist, sondern im Laufe der Zeit Aenderungen unterworfen bleibt, ist bereits mehrfach betont worden. Aber das Geld in seinen verschiedensten Erscheinungsformen steht immer vor der gleichen Aufgabe: Vermittler zu sein im Tauschverkehr. Dieser reine Mittelcharakter des Geldes, die funktionelle Leistung im Wirtschaftsleben, beinhaltet die sogenannte Funktionstheorie.

---

14) Lukas, Aufgaben des Geldes. S. 2. Stuttgart und Berlin 1937.
15) Hesse, Politische Oekonomie. II. Band. Volkswirtschaftslehre. S. 120. Jena 1936.

Nach der Funktionstheorie erklärt sich der Geldwert aus der Funktion des Geldes als allgemeinen Tauschmittels. Im allgemeinen bestimmt sich der Wert eines Gutes nach dem konkreten Nutzen, den es in einer bestimmten Wirtschaftslage dem wirtschaftenden Menschen bietet. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, muß ohne Zweifel auch dem Gelde ein Wert zukommen, denn es ist unbestreitbar, daß das Geld seinem Besitzer einen Nutzen bringt (es würde offenbar niemand ein wertvolles Gut gegen ein wertloses Geld hergeben). Dieser Wert ist aber nicht im Gebrauchswert zu suchen, sondern im Tauschwert, das Geld ist nicht wertvoll im Sinne des Gebrauchswertes der Güter.

„Selbst wenn das Tauschmittel einen Gebrauchswert hat, so hat es diesen Gebrauchswert nicht als Geld“ [16]).

„Es ist wohl klar, daß das Wesen des Geldes weder in seiner Substanz noch in seiner Erscheinungsform, sondern in seiner Funktion besteht“ [17]).

„So ist das Geld zwar nur allmählich, aber immer vollständiger ein Geschöpf der staatlichen Rechtsordnung geworden, so sehr, daß für den Wirkungskreis der Rechtsordnung, also für den Inlands-Zahlungsverkehr, der Stoffwert des Geldes immer unwesentlicher wurde und heute durch den Leistungswert immer mehr ersetzt erscheint. Dieser liegt in der Bedeutung, die der Geldbesitz für den Besitzer dadurch hat, daß das Geld Mittel schlechthin zu jeder Art Zahlung und zum Kauf von Waren ist, daß also sein Besitz Kaufkraft gibt“ [18]).

Der Geldwert ist also etwas, was außerhalb des Warenwertes der Münze liegt, und demgemäß kommt auch dem Papiergeld ein Wert zu, der ebenfalls aus der Zirkulationsfähigkeit abzuleiten ist.

*

Von der Auffassung des Geldes als einer Funktion des „volkswirtschaftlichen Verkehrs an realen Werten“ [19]) führt ein kleiner Schritt zur sogenannten Einkommenstheorie des Geldes. Das Geldeinkommen, das in einem bestimmten Zeitraum zur Disposition steht, wird von dem wirtschaftenden Menschen hoch oder niedrig bewertet je nach dem Umfange der wirtschaftlichen Leistungen, auf die es einen Anspruch gibt. Das Verhältnis von Geldeinkommen und Realeinkommen ist entscheidend für den Geldwert.

„Die Volksgemeinschaft lebt nicht von dem fiktiven Wert des Geldes, sondern von der realen Produktion, die dem Gelde erst seinen Wert verleiht. Diese Produktion ist die erste Deckung einer Währung und nicht eine Bank oder ein Tresor voll Gold“ [20]). Das Führerwort vom „fiktiven Wert“ des Geldes enthält eine tiefe

16) Halm, Geld - Kredit - Banken. S. 6. München und Leipzig 1935.
17) Hirschfeld, Das Geld. S. 30. Leipzig 1931.
18) v. Zwiedineck-Südenhorst, Allgemeine Volkswirtschaftslehre S. 173/74. Berlin. 1932.
19) Friedrich Wieser, Theorie des Geldes. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, S 695.
20) Hitler vor dem Reichstag am 30. 1. 1937.

Wahrheit und bildet nur scheinbar einen Widerspruch zu dem bisher Gesagten. Der Geldwert ist solange eine Fiktion, als das Geld nicht in Beziehung tritt zu den Gütern und Leistungen eines Volkes. „Alles was die Gütermenge vermehrt und die Preise senkt, erhöht den Geldwert, wie umgekehrt jede Verminderung der Güter und jede Preiserhöhung ein Sinken des Geldwertes bedeutet. Hier sehen wir deutlich den engen Zusammenhang des Geldes mit der gesamten Wirtschaft“ [21]).

*

Die in den bisherige Ueberlegungen über den Geldwert gestreiften Probleme haben die Wertgrundlage schlechthin zum Inhalt. Ueber das Problem, welche Faktoren die Höhe des Geldwertes bestimmen, ist damit so gut wie nichts ausgesagt.

f) Die Quantitätstheorie.

Nach der Entdeckung Amerikas ergießen sich ungeheure Gold- und Silberströme über den europäischen Kontinent und zeitigen zum ersten Male in der Geschichte eine Inflation, d. h. eine übermäßige Ausdehnung des Geldumlaufs und als deren Wirkung eine allgemeine Steigerung des Preisniveaus (womit währungshistorisch der Beweis geliefert ist, daß eine Inflation auch bei der Zirkulation von stoffwertvollem Gelde möglich ist).

Die Erkenntnis des quantitativen Geldwertes, des Zusammenhanges zwischen Geldmenge und Warenpreisen, ist der Quantitätstheorie zu verdanken. In ihrer ursprünglichen Fassung besagt sie, daß die Kaufkraft des Geldes umgekehrt proportional sei der Geldmenge. Jede Vermehrung des Geldes müsse ein Sinken, jede Verminderung ein Steigen des Geldwertes zur Folge haben. Diese Ansicht ist bereits im 16. Jahrhundert von Bodinus, Locke und Montesquieu vertreten worden.

Im Laufe der Zeit ist die naive Quantitätstheorie die in ihrem Kern — wenn auch nicht in ihrer Schlußfolgerung — selbst von der herrschenden Lehre als berechtigt angesehen wird, vielfach verändert und verbessert worden. Schon Hume und Ricardo gelangen zu der Erkenntnis, daß es nicht auf die Geld- und Gütermenge an sich ankomme, sondern vielmehr auf deren Umsätze. Man kann sich nicht der Beobachtung verschließen, daß weder alles Geld umläuft, noch alle Waren zum Verkauf angeboten werden. Die mechanische Größenbeziehung zwischen Geldmenge (die als Kaufkraft am Markte tatsächlich in Erscheinung tritt) und den damit zu bewältigenden Warenumsätzen ist Ausgangspunkt der Lehre von der „automatischen Selbstregulierung“ der Goldwährung:

Vorauszusetzen ist Freiheit des Geldverkehrs im Inland wie im Verhältnis zum Ausland, Freiheit des Güterverkehrs und Goldmünzenzirkulation (oder in Metall einlösbare Geldzeichen). Wird

21) Hesse, Politische Oekonomie. II.Band. Volkswirtschaftslehre. S. 123. Jena 1936.

das umlaufende vollwertige Goldgeld über Bedarf vermehrt, so kommt es zu einem automatischen Abströmen von Metallgeld an das Ausland, denn das Steigen der Geldmenge bewirkt bei gleichbleibendem Handelsvolumen eine Steigerung der Inlandspreise, diese wieder eine Steigerung der Einfuhr (man kauft im Ausland billiger) und eine Abnahme der Ausfuhr. Das bedeutet aber eine Erhöhung der Zahlungsverpflichtungen an das Ausland. Weiterhin wird ein Teil der im Werte gesunkenen Goldmünzen dem Verkehr durch Einschmelzung entzogen, so daß bald der alte Zustand wieder hergestellt wird. Sinkt umgekehrt die Geldmenge unter den Bedarf — wieder unter der Voraussetzung eines gleichbleibenden Handelsvolumens —, so wird durch automatische Aenderung der Handelsbilanz ein Einströmen von Edelmetall eingeleitet. Sinkende Geldmenge bedeutet eine Senkung der Inlandspreise, diese ein Sinken der Einfuhr und eine Steigerung der Ausfuhr. Der Gleichgewichtszustand tritt allmählich wieder ein.

Diese Auffassung bildet ein Stück individualistisch-liberalistischer Freihandelslehre, sie ist aufs engste verknüpft mit dem Axiom der natürlichen Harmonie. Man nimmt an, das Gold sei das „natürliche" Geld und seine Verwendung garantiere jedem Metallwährungsland die zur Bewältigung des Güterverkehrs notwendige Umlaufsmittelmenge, sofern eben Freiheit des Geld- und Warenverkehrs grundsätzlich gewahrt bleibt.

Später wird auf die Bedeutung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes hingewiesen. Ihre Erhöhung ist einer Vermehrung, ihre Verlangsamung einer Verminderung der Geldmenge gleichzusetzen. Mit der Entstehung der Kreditmittel (Banknote, Wechsel) und der geldsparenden Einrichtungen, dem Giroverkehr und Clearingwesen, wird auch der Begriff der Geldmenge weiter gefaßt. Ihren Einfluß auf die Geldkapazität eines Landes sucht man festzustellen.

Die in der modifizierten Quantitätstheorie vertretene Ansicht, der Geldwert sei abhängig von der Geldmenge (dem am Markte faktisch in Erscheinung tretenden Geld im weitesten Sinne), der Umlaufsgeschwindigkeit, den Warenumsätzen und ließe sich als Durchschnitt der Güterpreise ausdrücken, wird durch die sogenannte Verkehrsgleichung dargestellt:

$$GU = PH,$$

wobei G die Geldmenge, U die Umlaufsgeschwindigkeit, H das Handelsvolumen und P die durchschnittliche Preishöhe bedeutet. Nach der Formel muß der Geldwert P sich ändern, sobald sich irgendeine Größe der Gleichung ändert. „Von den vier Posten der Gleichung unterliegt aber nur ein einziger der Regelungsmöglichkeit durch die Leitung der Währungspolitik, nämlich die Geldmenge. Hier muß der Hebel angesetzt werden, sobald eine Veränderung der Kaufkraft einzutreten droht" [22]).

22) Veit, Die Zukunft des Goldes. S. 65. Berlin 1937.

Mit diesem Hinweis auf die Möglichkeit einer Regulierung des Geldwertes durch Manipulierung der Geldmenge ist das Geldschöpfungsproblem angedeutet, „das erst aus der unklassischen Auffassung der Notwendigkeit von Eingriffen in das Wirtschaftsleben, aus dem Aufgeben des Glaubens an eine prästabilierte Harmonie geboren werden konnte und als solches ein typisch modernes Problem ist“[23]).

2. Die gesteuerte Währung.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte stellt unbestreitbar eine allgemeine Abkehr der Völker von dem Prinzip der orthodoxen Goldwährung dar. Die Goldumlaufswährung gehört wie die Silberwährung, Doppelwährung und Parallelwährung zu jenen Erscheinungsformen, denen nur noch historisches Interesse zukommt.

Die Bedeutung des Begriffes Goldwährung ist elastisch. Wir sprechen von Goldumlaufswährung im Gegensatz etwa zur Goldkernwährung. Wir verwenden aber das Wort „Gold“ in beiden Begriffen und verweisen damit auch auf gewisse Gemeinsamkeiten. Legt man bei der Beurteilung der Wesensmerkmale eines Währungssystems besonderes Gewicht auf die Stellung des Währungsgeldes selbst innerhalb der Geldverfassung, so wird lediglich die Goldumlaufswährung dem Terminus Goldwährung gerecht, denn nur bei der Goldumlaufswährung ist Gold Währungsgeld, d. h. gesetzlich absolut anerkanntes Zahlungsmittel. Geht man dagegen nicht von der Legalisierung der Zahlungsmittel aus, sondern von der Bindung des Geldwertes an den Metallwert, so wird die Goldkernwährung unbedingt als eine Erscheinungsform der Goldwährung zu würdigen sein.

Es ist nach dieser Terminologie durchaus berechtigt, wenn man auch die augenblickliche deutsche Währung als eine Unterart der Goldwährung rubriziert. Auch heute wird die deutsche Reichsmark in der Währungsverfassung wie früher bezeichnet als der 1395. Teil eines Pfundes Gold, immer noch gilt Gold als Standard, d. h. als Rechnungsmaßstab. Zu Recht charakterisiert Friedrich von Havas den momentanen Zustand der deutschen Geldverfassung als „Goldstandardwährung“ [24]), deren Wesen vor allem in zwei negativen Eigenschaften liegt: in dem Fehlen der Metalldeckung und der Einlösungspflicht. Es ist unschwer einzusehen, daß in solchem Währungstypus die Geldschöpfung, d. h. die Neuausgabe von Geld, insofern frei ist, als sie nicht abhängt von der Verfügung über Edelmetall, und daß die bewußte Gestaltung durch den menschlichen Willen, das Verantwortungsbewußtsein der den Staat leitenden Männer, eine überragende Rolle spielt. Für unsere Ueberlegungen ist die Berücksichtigung dieser Eigenschaften von wesentlicher Bedeutung. Man darf sagen, daß allgemein in dem modernen Wäh-

23) Behrens. Das Geldschöpfungsproblem. S. VII. Jena 1928.
24) v. Havas, Grundgedanken zu einer Theorie der störungsfreien Geldschöpfung. S. 2. Jena 1936.

rungstypus die früheren „Bindungen" fehlen und der Umfang der Geldschöpfung sich vorzüglich bestimmt nach dem Willen einer Zentralstelle. Die auf der Einsicht und dem Willen der Zentralstelle beruhende „Steuerung" ist das Merkmal der modernen Währung.

a) Das nationale Geld.

Die Fragen, die uns interessieren, sind zu trennen in solche des Binnenverkehrs und solche des ausländischen Verkehrs. Für den Binnenverkehr bildet die Frage nach der Form der Geldschöpfung das Kernproblem.

„Das universale Goldwährungssystem, wie es sich im Laufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, . . . schränkte durch die mehr oder minder starre Bindung der Geldschöpfung an die metallische Grundlage die Willkür in der Währungspolitik ein" [25]). Solange in den Goldwährung besitzenden Ländern der Wille zur Weltwirtschaft vorherrschte, war das Schema der Notendeckungsvorschriften das geeignete Mittel, Geldseite und Warenseite miteinander in Einklang zu bringen. Von grundlegender Bedeutung war, daß auf diese Weise auch die inländische Kaufkraft des Geldes größeren Veränderungen nicht unterlag [26]). Nach dem Weltkrieg schwanden aber die Bedingungen, unter denen die Deckungsvorschriften in den engen Vorkriegsgrenzen zu vertreten waren. Ländern, die wie Deutschland infolge ihrer veränderten wirtschaftlichen Struktur einen ständigen Goldabfluß zu verzeichnen hatten, die durch deflationistische Maßnahmen die Goldwährung aufrechtzuerhalten suchten, zwang der Lauf der Ereignisse die Erkenntnis auf, daß eine Deflation, d. h. eine Unterversorgung der Wirtschaft mit Umlaufsmitteln, nicht weniger unheilvolle Schäden im Gefolge hat wie eine Inflation und daß das Versäumnis, rechtzeitig eine Geldvermehrung vorzunehmen, hemmend auf den Wirtschaftsverkehr wirkt, Arbeitslosigkeit hervorruft und zu einer Minderbewertung von Arbeit und Leistung und damit zu einer Erschütterung des sozialen Gefüges führen kann. War der Zustand der starren Notendeckung schon aus diesen Gesichtspunkten heraus unerträglich, so drängten in noch stärkerem Maße das zunehmende Selbständigkeitsstreben der Staaten auf dem Gebiete der Wirtschaft sowie die Lösung der im Zuge dieser Politik auftretenden gewaltigen Aufgaben nach erhöhter währungspolitischer Freiheit. Betrachtet man die Entwicklung der gesetzlichen Deckungsvorschriften, so nimmt man wahr, daß die Bestrebungen der Währungspolitik im Lauf der Zeit immer mehr darauf gerichtet waren, die Fesseln der Gebundenheit der Geldausgabe zu sprengen. Die Geldvermehrung nach den Regeln der Bankingtheorie — auf diesen Grundsätzen war im wesentlichen noch das deutsche System der Banknotenausgabe nach dem Reichsbankgesetz von 1924 aufgebaut — bedeutete gegenüber den Erkenntnissen der Currencytheorie gewiß einen erheblichen

25) Pfleiderer, Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise. S. 2. Berlin 1937.
26) Vgl. die Ausführungen über die Quantitätstheorie.

Fortschritt, und zwar insofern, als durch die sogenannte Diskontpolitik ein gewisser Spielraum für eine Ausdehnung bezw. Verminderung der Geldmenge gegeben war. Die Diskontpolitik erwies sich aber nur in Normalzeiten als taugliches Mittel zur Regulierung der Geldmenge. Sie versagte ebenso in Zeiten lebhaft ansteigender Konjunktur, Kreditüberspannungen einzudämmen, als in Zeiten wirtschaftlicher Depression, die private Unternehmerinitiative anzuregen. Die Beschränkung der Reichsbank auf die Diskontierung von Handelswechseln „hat sich in den Tagen der Bankenkrise wie in den Zeiten der Schrumpfung des Wirtschaftsvolumens, das naturgemäß auch einen geringen Anfall von Handelswechseln mit sich brachte, als ein beschwerliches Hindernis für die Erfüllung der Kreditbedürfnisse der Wirtschaft erwiesen“ [27]).

Die Schwere der weltwirtschaftlichen Depression, insbesondere das Arbeitslosenproblem, das in allen Ländern eine schnelle Lösung gebieterisch forderte, ließen den Staat die Notwendigkeit erkennen, die Wirtschaft unmittelbar zu fördern. Besondere Bedeutung im Rahmen dieser Versuche kam der Kreditpolitik der Notenbank zu. In Deutschland wurde durch die Novelle vom 27. Oktober 1933 die Notendeckung beträchtlich geändert. Zwar enthält die Novelle wie das Bankgesetz vom Jahre 1924 grundsätzlich die Vorschrift einer 40prozentigen Deckungsquote, jedoch sind die Möglichkeiten einer Unterschreitung erleichtert. Festzuhalten ist vielmehr, daß die Größe des sogenannten Goldkerns keinen Maßstab abgibt für die Höhe des binnenländischen Notenumlaufs und daß die Forderung des Haltens einer Gold- und Devisenreserve bedeutungsvoll ist ausschließlich für den internationalen Zahlungsverkehr. In Verwirklichung des Gedankens, die Wirtschaft unmittelbar zu fördern, wird durch die Novelle der Reichsbank das Recht verliehen, neben Handelswechseln auch Schuldverschreibungen zur Deckung der Notenemission zu verwenden. Durch diese Offen-Markt-Politik (Ankauf und Verkauf von Wertpapieren), ein Verfahren, das besonders von den angelsächsichen Ländern gepflegt wird, gewinnt die Währungspolitik aktiven Charakter, und es ist unbestritten, daß sie eine wirksamere Methode darstellt als die Diskontpolitik. „In England hat man 1932 und 1933 mit der Politik des leichten Geldes große Erfolge erzielt“ [28]). Dennoch hat die Erfahrung gelehrt, daß die Ueberwindung einer schweren Krise mit Mitteln der Kreditpolitik solange illusorisch bleibt, als der Wille der Unternehmer fehlt, von der Möglichkeit billigen und reichlichen Geldangebotes Gebrauch zu machen, oder aber die Annahme der Kredite nicht zum Zwecke der Investition, sondern zur Begleichung von Schulden erfolgt. Versagt trotz reichlichen Geldangebotes die Unternehmerinitiative, ist das Bemühen um eine Wirtschaftsbelebung auf die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Wirtschaft zu legen. Diesen Weg ging als erstes Land das nationalsozialistische Deutschland.

---

27) Guichard, Die Neuordnung des deutschen Geld-, Kredit- und Börsenwesens: aus: Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft. S. 163. Berlin 1935.

Im Laufe des Jahres 1935 wurde der Gedanke der Reichseinheit auch auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens verwirklicht: Die Reichsbank erhielt das unteilbare Privileg der Notenausgabe und damit die Verpflichtung, die gesamte Währungspolitik in enger Fühlungnahme mit der Staatsautorität nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu bestimmen. Damit war die Voraussetzung geschaffen für die Bewältigung der großen Aufgaben der Arbeitsbeschaffung. Der Grundgedanke der staatlichen Arbeitsbeschaffung war der, die brachliegende deutsche Wirtschaft durch Zuführung öffentlicher Aufträge (Reichsautobahnbau, Hafenbauten, Flußregulierungen usw.), die im Wege der Geldschöpfung durch Wechsel (Arbeitsbeschaffungswechsel) finanziert werden sollten, „anzukurbeln". Mit Recht vermutete man, daß die unmittelbar von der Arbeitsbeschaffung berührten Industriezweige infolge verbesserter Rentabilität zu neuen Investitionen neigen und dadurch eine Belebung der übrigen Wirtschaftszweige nach sich ziehen würden. Vom finanzpolitischen Gesichtspunkte aus gesehen, stellten die zur Durchführung dieser Maßnahmen notwendigen, über die gegenwärtig zu erwartenden Staatseinnahmen hinausgehenden Mittel eine Belastung ersten Ranges dar, doch konnten sie insofern als unbedenklich gelten, als das im Verlaufe der Wirtschaftsbelebung zu erwartende Mehraufkommen an Steuern, sowie die Ersparnisse an Aufwendungen für die Arbeitslosen einen Teil der Mittel wieder abdecken mußten. „Daß alle die großen Leistungen im Zuge der wiedererstandenen Wehrhoheit, im Zeichen der Zurückgewinnung der deutschen Handlungsfreiheit mit einer derartigen Schnelligkeit und in einem derartigen Umfang vor sich gegangen sind und voll finanziert werden konnten, ohne daß Störungen auf dem Kapitalmarkt oder in der Währungslage eintraten, das erkennt das Ausland heute staunend an. Diese Finanzierung aus eigener Kraft war nur möglich, weil alles, was an den Geld- und Kapitalmarkt herangetragen wurde, einer Kontrolle und strengen Disziplin unterworfen wurde" [29]).

*

Das Neue an den Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung ist sowohl der Ersatz der Privatinitiative durch die Staatsinitiative, als auch die Verwendung zusätzlichen Kredits in beträchtlichem Umfange, ohne daß dadurch inflatorische Wirkung ausgelöst worden ist. Hier wird durch die Tatsache die häufig unter Berufung auf die Inflationen in und nach dem Weltkriege vertretene Ansicht von der preissteigernden Tendenz jeder zusätzlichen Kaufkraftschaffung gründlich widerlegt. Man darf nicht übersehen, daß die europäischen Inflationen nur deshalb möglich waren, „weil die Geldausdehnung jegliches vernünftige Maß überschritt, vor allem aber, weil sie auf eine Wirtschaft traf, die gar keine Produktionsreserven

28) Gestrich, Geldpolitik und Weltwirtschaft. S. 10. Berlin 1934.
29) Schacht am 22. 1. 1937 vor der Reichswirtschaftskammer.

hatte, deren Produktionsapparat vielmehr durch den Krieg völlig heruntergewirtschaftet war“ [30]). Inflationsgefahr besteht außer in dem gekennzeichneten Falle nur dann, wenn der zusätzliche Kredit in eine auf volle Touren laufende Wirtschaft hineingepreßt wird, also eine Nachfrage schafft, die das Ausmaß der an sich möglichen Produktionskapazität überschreitet. Sonst aber trifft es nicht zu, daß eine zusätzliche Kreditschöpfung zur Inflation führt. In einer Wirtschaft, die über große unausgenützte Produktionselemente verfügt, „wächst der steigende Gütervorrat in das vergrößerte Kaufkraftvolumen hinein“ [31]). Infolgedessen werden die Preise nicht oder aber nur vereinzelt anziehen. „Im Schema der Geldtheorie gesprochen, kommt es darauf an, ob die Vermehrung der Geldmenge oder Erhöhung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes auf ein ausdehnungsfähiges Handelsvolumen trifft oder nicht“ [32]). So liefert die Währungspraxis der Gegenwart auch einen wichtigen Beitrag zur Erkenntnis und Vertiefung währungstheoretischer Probleme.

b) Das internationale Geld.

Der Außenwert des Geldes, d. h. das Wertverhältnis verschiedener Währungsmittel zueinander, wird ausgedrückt durch den Wechselkurs. Die Höhe des Wechselkurses hängt ab von dem jeweiligen Stand der Zahlungsbilanz, d. h. der Gegenüberstellung der gesamten Zahlungsforderungen und Verpflichtungen eines Landes, wie sie sich aus der Warenhandelsbilanz, den Einnahmen aus dem Fremdenverkehr, den Zinsansprüchen usw. in einem bestimmten Zeitpunkte ergeben. Im Zusammenhang der Erörterungen über den Inhalt der Quantitätstheorie ist darauf hingewiesen worden, daß nur unter der Voraussetzung freien Geld- und Warenverkehrs eine Korrektur zwischen Geld- und Warenseite automatisch erfolgt. Diese Eigengesetzlichkeit des Funktionierens der Goldwährung ist auch dann noch grundsätzlich gewährleistet, wenn der Zahlungsverkehr statt der Goldmünzen in Gold einlösliche Papierzeichen oder Devisen verwendet. „Infolge dieser Doppelart der Befriedigungsmöglichkeiten ausländischer Zahlungsverpflichtungen bilden sich im Mechanismus der Selbstregulierung gewisse Grenzpunkte aus, welche dafür entscheidend werden, ob Devisen oder Gold zum Ausgleich dieser Verpflichtungen verwendet werden“ [33]). Fehlt die Einlösungspflicht, dann tritt die vom Metallstoff ausgehende Selbstregulierung außer Kraft. Das bedeutet freilich nicht die Lösung des Zusammenhangs der Währung mit dem Gold, wenn die Zentralnotenbank regulierend eingreift und somit die vom Metallstoff ausgehende Funktion ersetzt. Allgemein läßt sich sagen, daß in normalen Zeiten die Zahlungsbilanzen der Goldwährungsländer sich immer wieder ausgleichen, sei es automatisch, sei es auf Grund

30) Gestrich, Geldpolitik und Weltwirtschaft. S. 7. Berlin 1934.
31) Jessen, Volk und Wirtschaft. S. 153. Hamburg 1936.
32) Gestrich, Geldpolitik und Weltwirtschaft. S. 8. Berlin 1934.
33) Vogel, Geld und Kredit. S. 52. Leipzig 1934.

der Regulierung durch eine Zentralstelle, und „daß die Devisenkurse auf die Dauer nicht erheblich von der Kaufkraftparität abweichen, das heißt auf längere Frist geht die Tendenz dahin, daß man für eine bestimmte Summe inländischen Geldes am ausländischen Markte nicht weniger einkaufen kann als am inländischen Markt“ [34]).

Die Vorteile des Goldwährungssystems, die darauf beruhen, daß durch die Verknüpfung des nationalen Geldes mit dem internationalen Geld der zwischenstaatliche Verkehr erleichtert wird, sind offensichtlich. Wie schon dargelegt, hat der auf politische Ursachen zurückführende Strukturwandel der Weltwirtschaft zur Aufhebung des Automatismus der Währungen geführt und das System der festen Wechselkurse zerstört. Der mangelnde Ausgleich des zwischenstaatlichen Waren- und Kapitalverkehrs zeitigte in einigen Ländern dauernde Aktivität, in anderen Ländern dauernde Passivität der Zahlungsbilanz. Die deutsche Zahlungsbilanz, belastet in besonders starkem Maße durch die Reparationsschuld, wurde zunächst durch die Aufnahme von Auslandsanleihen ausgeglichen. Als das Ausland um die Sicherheit seiner Anleihen fürchtete, diese kündigte und zurückzog, erhob sich erneut die Frage nach den Mitteln, die einen Ausgleich in der Zahlungsbilanz gewährleisten konnten. Aehnlich wie in Deutschland lagen die Verhältnisse in den anderen Ländern, auch hier lautete die entscheidende Frage: Mit welchen Mitteln kann angesichts des strukturellen Wandels der Weltwirtschaft, der veränderten Ausfuhr- und Einfuhrverhältnisse, das Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz herbeigeführt werden?

Zwei Methoden sind es vor allem, die zur Ueberwindung der Schwierigkeiten angewandt wurden:

1. Die Devalvation,
2. die Devisenbewirtschaftung.

Theoretisch gesehen, kommen als weitere Mittel, einen Ausgleich der Zahlungsbilanz zu bewirken, zwar noch die Goldabgabe und die Aufnahme von Auslandskredit in Frage. Es ist jedoch leicht einzusehen, daß in einer langanhaltenden wirtschaftlichen Depression nur ausgesprochen goldreiche Länder mit Gold intervenieren können, daß aber auch für diese, wenn der Goldabfluß permanenten Charakter trägt, einmal der Zeitpunkt kommt, wo die Lage unhaltbar wird und währungspolitisch die Entscheidung verlangt, entweder zu devalvieren oder die Zahlungsbilanz künstlich zu manipulieren (Devisenbewirtschaftung) oder aber, soll die ursprüngliche Politik weiter fortgesetzt werden, Auslandskredit aufzunehmen. Die Aufnahme von Auslandskredit bedeutet in jedem Falle eine internationale Bindung und verträgt sich keineswegs mit der in der Gegenwart herrschenden Nationalisierungstendenz, das heißt mit dem Streben nach autonomer Staats- und Wirtschaftsführung, und scheidet damit als Mittel des Ausgleichs der Zahlungsbilanz unter den gegebenen Verhältnissen für Deutschland aus.

34) Weber, Adolf, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. S. 71. München und Leipzig 1934.

England beantwortete die Frage nach dem Ausgleich seiner Zahlungsbilanz damit, daß es am 21. September 1931 die Bindung der Wechselkurse aufgab und abwertete. Vor seinem Abgehen vom Goldstandard sah England„ seinen Goldschatz dahinschwinden, es litt unter mangelhaften Eingängen aus seinen ausländischen Kapitalanlagen, unter der Rückziehung ausländischer Guthaben, unter Kapitalflucht, und nicht zuletzt unter einer bei dieser Gestaltung der übrigen Positionen der Zahlungsbilanz doppelt verhängnisvollen Ueberhöhung der Einfuhr und Verschlechterung der Ausfuhr“ [35]). Dadurch, daß in den Nichtabwertungsländern die Konjunktur sich weiterhin verschlechterte, was sich vor allem in zunehmenden Absatzschwierigkeiten und sinkenden Weltmarktpreisen zeigte, konnte in England das Preisniveau stabil gehalten werden. So bot denn die Herabsetzung des Außenwertes des Pfundes bei gleichzeitiger Stabilhaltung des Inlandspreisniveaus und in Verbindung mit einer verschärften Schutzzollpolitik die Möglichkeit, der Kapitalwanderung und Kapitalflucht zu steuern, die Einfuhr auf das erträgliche Maß zu drosseln und durch Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf den ausländischen Märkten den Außenhandel beträchtlich zu aktivieren. Auf die Dauer erwies sich die englische Devalvation wohl vornehmlich aus dem Grunde als ein wirksames Mittel der äußeren Handelspolitik und Staatspolitik, weil im Verlaufe der Weltwirtschaftskrise „der ganze sogenannte Pfundblock, d. h. weitere Länder, die fast die ganze Erde innehaben, abwertete, darunter die für England wichtigsten Lieferländer“ [36]). Binnenwirtschaftlich gesehen, bedeutete die Aufgabe des Goldstandards Freiheit bezüglich der Versorgung der Wirtschaft mit Umlaufsmitteln und damit Schaffung der Voraussetzungen für eine Belebung der Konjunktur. Die Vereinigten Staaten verfolgten lediglich dieses Ziel einer inneren Konjunkturbelebung, als sie im Frühjahr 1933 den Weg der Abwertung beschritten, sollte doch die künstliche Herabsetzung des Dollarwertes eine Preissteigerung im Inland bewirken, von der man sich eine weitere Ankurbelung der Wirtschaft erhoffte.

Die im Sommer 1933 auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz zum sogenannten Goldblock zusammengeschlossenen Staaten (Frankreich, Holland, Belgien, Italien, die Schweiz und Polen), gestützt auf relativ große monetäre Goldbestände, verfolgten zunächst das Ziel, die Goldwährung unter allen Umständen zu verteidigen, die Parität festzuhalten und die Lücken in den Zahlungsbilanzen durch Goldabgaben auszufüllen. Es zeigte sich jedoch, daß die Außenhandelsstellung der Goldblockländer infolge der überlegenen Konkurrenz der Abwertungsländer immer mehr erschüttert und der Goldabfluß zu einer permanenten Erscheinung wurde. Für die auf Grund ihrer besonderen wirtschaftlichen Struktur vom Außenhandel stark abhängigen Staaten wurde die Lage schließlich unhaltbar, zumal die betriebene Deflationspolitik die Gefahr der Krise auch inso-

35) Lukas, Aufgaben des Geldes. S. 628. Stuttgart und Berlin 1937.
36) Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik. S. 172. Hamburg.

fern erhöhte, als die Einkommenssenkungen die Nachfrage auf den Märkten mehr und mehr einengten. So brach denn der Goldblock zusammen, und die meisten der ihm angehörenden Staaten schlossen sich dem Vorgehen Frankreichs an, das sich vom Goldstandard löste.

Allgemein läßt sich behaupten, daß durch die Abwertung, das heißt durch die Herabsetzung des Verhältnisses der Nennwerteinheit zur Einheit des Goldgewichtes, das abwertende Land außenwirtschaftlich eine Verbesserung seiner Konkurrenzlage erfährt. Immerhin ist die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer Abwertung Tatfrage, sie kann also nicht für alle Länder und alle Zeiten gleichermaßen beantwortet werden, ein Umstand, der in dem währungspolitischen Verhalten einiger Länder starke Berücksichtigung fand. Das Beispiel Deutschlands ist besonders instruktiv. Es schien mehr als fraglich, ob Deutschland durch eine nachträgliche Abwertung die verlorene Position gegenüber den Abwertungsländern zurückgewinnen werde. Zudem war zu beachten, daß infolge der Einfuhrkontingentierungen und -Verbote vieler Länder selbst im Falle einer durch die Abwertung ermöglichten verbesserten Konkurrenzfähigkeit ein vermehrter Export nur in bescheidenem Umfange möglich sein konnte. So verwarf die nationalsozialistische Regierung den Gedanken der Abwertung schon aus diesen Gründen. Sie glaubte aber auch darüber hinaus eine Währungsabwertung dem Volke gegenüber nicht verantworten zu können. Dem Arbeiter und dem Sparer sollten nach dem Willen der Führung unbedingt die Kaufkraft, d. h. der Reallohn, das ehrlich erworbene Sparkapital und der volkswirtschaftlich gerechtfertigte Zins erhalten bleiben. Bei einer Devalation wäre das nicht möglich gewesen, denn sie hätte den Bezug von Rohstoffen, die Deutschland im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten oder England im Ausland kaufen muß, verteuert und eine Erhöhung des inländischen Preisniveaus zur Folge gehabt, außerdem ein Steigen der Auslandsschulden. Deshalb beschritt man einen anderen Weg, die Zahlungsbilanz auszugleichen. Die alte Goldparität wurde beibehalten, dagegen der Mechanismus der Goldwährung ersetzt durch ein ausgeklügeltes System der Devisenbewirtschaftung. Dieses System, dessen Aufgaben im Anfang in der Erfassung und Verteilung fremder Zahlungsmittel durch eine Zentralstelle nach allgemeinen Richtlinien sich erschöpften, wurde im Laufe der Zeit mehr und mehr zu einem Bestandteil der gesamten staatlichen Wirtschaftspolitik. Das wird deutlich an dem sogenannten „Neuen Plan". „Der Neue Plan sieht eine Anpassung der Einfuhr an die Ausfuhr auf dem Wege über die Devisenbewirtschaftung vor" [37]). „Nirgendwo wurde die einer manipulierten Währung entsprechende entscheidende Möglichkeit des souveränen Aufbaues der nationalen Wirtschaft so deutlich und energisch wahrgenommen, wie in Deutschland" [38]).

---

37) Jessen, Volk und Wirtschaft. S. 170. Hamburg 1936.
38) Lukas, Aufgaben des Geldes. S. 628. Stuttgart und Berlin 1937.

Hier zeigt sich, daß die Stabilität einer Währung in hohem Maße von den politischen Verhältnissen und der Disziplin des Volkes abhängig ist. Die Devisenbewirtschaftung stellt an die nationale Disziplin des Volkes besonders große Anforderungen, und zwar insofern, als über die Frage nach der Einfuhr fremder Güter nicht die am Markte auftretende Nachfrage der Konsumenten entscheiden soll, sondern eine staatlich beauftragte Zentralstelle nach Maßgabe volkswirtschaftlicher und nationalpolitischer Dringlichkeit. Es ist unschwer einzusehen, daß in Fällen der Devisenbewirtschaftung die Politik es einerseits verstehen muß, Verständnis für die Notwendigkeit der Maßnahmen zu wecken, daß eine erfolgreiche Devisenbewirtschaftung überhaupt nur unter der Voraussetzung dauernden Einklangs zwischen Volk und Führung möglich sein kann, daß es aber auch andererseits vornehmliche Aufgabe der Politik sein muß, Mittel und Wege zu suchen, den Wirtschaftsraum zu „vergrößern", sei es durch eine stärkere Entfaltung heimischer Rohstoff- und Nahrungsquellen (Vierjahresplan!), sei es durch den wirtschaftlichen Anschluß ausländischer Gebiete (Großraumwirtschaft) bzw. deren Erwerb (Kolonien).

III. Teil:

Schluß.

Die Ausführungen über die währungspolitisch bedeutsamen Epochen haben erkennen lassen, daß das Geldwesen genau wie die Volkswirtschaft den Stempel der besonderen Zeitverhältnisse trägt. Ueber Parallel- und Doppelwährung ging der Weg zum monometallistischen Währungstypus, vornehmlich zur Goldwährung, die dann im Laufe der Nachkriegszeit mehr und mehr die Form einer gesteuerten Währung annahm.

Ueber die Gemeinsamkeit wichtiger wirtschaftspolitischer und währungspolitischer Grundanschauungen der einzelnen Staaten in den jeweiligen Epochen kann kein Zweifel bestehen. Die Geschichte lehrt aber auch, daß die wirtschafts- und währungspolitische Praxis je nach den Landesbedürfnissen verschieden gestaltet ist. In dieser Ueberlegung kommt zum Ausdruck, daß es nicht nur kein für alle Zeiten allgemeingültiges Währungssystem gibt, sondern, daß auch, streng genommen, ein für alle Völker und Länder gleiches Währungsideal nicht existiert und existieren kann. Die Währung ist nicht nur zeit- sondern auch zweckgebunden. Stets wird der Staat das Geldwesen nach seinen besonderen konkreten Bedürfnissen ausrichten müssen. Welche Währungsform daher für ein bestimmtes Land taugt, läßt sich allgemein nicht festlegen. Dieses Moment der Erkenntnis und Berücksichtigung der staatlichen und nationalen Belange tritt in der Währung der Gegenwart deutlicher denn je in Erscheinung.

Literaturnachweis.

I. Historisches.

Brentano: Der wirtschaftende Mensch in der Geschichte. Leipzig 1923.

Mayer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters. Leipzig 1928.

— Deutsche Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit.

Sieveking: Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1935.

Sombart: Der moderne Kapitalismus. München 1928.

Thalheim: Werden und Wesen der modernen Wirtschaft. Leipzig 1934.

Wagenführ: Geschichte der wirtschaftlichen Lehrmeinungen. Leipzig 1934.

Weber, Max: Wirtschaftsgeschichte. München und Leipzig 1924.

Wiskemann: Wirtschaftsgeschichte. Leipzig 1933.

II. Geldwesen.

Amonn: Grundzüge der Volkswohlstandslehre. Jena 1926.

Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Tübingen 1924.

Bendixen: Das Wesen des Geldes. München und Leipzig 1908.

Budge: Lehre vom Geld. I. Band. Jena 1931.

Behrens: Das Geldschöpfungsproblem. Jena 1928.

Bülow: Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1931.

Cassel: Theoretische Sozialökonomie. Leipzig 1927.

Diehl: Theoretische Nationalökonomie. III. Band. Jena 1927.

Diehl-Mombert: Zur Lehre vom Geld (Lesestücke, 1. und 10. Band). Jena 1923, 1920.

Döring: Kreditwirtschaft und Bankenreform. München und Berlin.

Elster: Die Seele des Geldes. Jena 1923.

Forstmann: Wege zu nationalsozialistischer Geld-, Kredit- und Währungspolitik. Berlin 1933.

Gerber: Geld und Staat. Jena 1926.

Gestrich: Die nationalökonomische Theorie. Breslau 1924.

— Geldpolitik und Weltwirtschaft. Berlin 1934.

Greven: Die dynamische Geld- und Kreditlehre des Merkantilismus. Berlin 1936.

Halm: Geld, Kredit, Banken. München und Leipzig 1935.

Havas: Theorie der störungsfreien Geldschöpfung. Jena 1936.

Hawtrey: Währung und Kredit. Jena 1926.
Heller: Grundprobleme der volkswirtschaftlichen Theorie. Leipzig 1931.
Helfferich: Das Geld. Leipzig 1925.
Hesse: Politische Oekonomie. II. Band. Volkswirtschaftslehre. Jena 1936.
Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft. Stuttgart-Berlin 1935.
Jessen: Volk und Wirtschaft. Hamburg.
Jessen: Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik. Hamburg 1937.
Knapp: Staatliche Theorie des Geldes. München und Leipzig 1908.
Knies: Das Geld. 1885.
Lukas: Aufgaben des Geldes. Stuttgart und Berlin 1937.
Mises: Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. München und Leipzig 1924.
Moeller: Die Lehre vom Gelde. Leipzig 1924.
Müller: Theorie des Geldes. Leipzig und Altenburg 1816.
Nöll v. der Nahmer: Der volkswirtschaftliche Kreditfonds. Berlin 1934.
Pfleiderer: Pfund, Yen und Dollar in der Weltwirtschaftskrise. Berlin 1937.
Philippovich: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 1920.
Robertson: Das Geld. Berlin 1924.
Schacht: Die Stabilisierung der Mark. Leipzig 1927.
Schmidt: Währungsfragen der Gegenwart. Jena 1922.
Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. München und Leipzig 1931.
Stucken: Deutsche Geld- und Kreditpolitik. Hamburg 1937.
Taeuber: Geld und Kredit im Mittelalter. Berlin 1933.
Veit: Die Zukunft des Goldes. Berlin 1937.
Vogel: Geld und Kredit. Leipzig 1934.
Wagemann: Allgemeine Geldlehre. I. Band. Berlin 1923.
Weber, Adolf: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. München und Leipzig 1932.
Zwiedineck: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Berlin 1932.

III. Sammelwerke.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Jena 1928.
Wörterbuch der Volkswirtschaft. Jena 1932.

Lebenslauf.

Als Sohn des Kaufmanns Heinrich Flachmeyer und seiner Ehefrau Frieda geb. Heinrich wurde ich am 9. August 1911 zu Bochum geboren. Von meinem sechsten bis zu meinem zehnten Lebensjahre besuchte ich die Volksschule; anschließend die Oberrealschule. Ostern 1931 erhielt ich das Zeugnis der Reife.

Im März 1936 legte ich an der Universität München die Prüfung für Diplom-Volkswirte ab, siedelte nach Würzburg über und promovierte bei Herrn Prof. Dr. Brenneisen am 29. Juni 1937.